Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zł., monatl. 4.80 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 Zł. Bei Postbezug vierteljährl. 16,08 Zł., monatl. 5,36 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 Zł., Danzig 3 Gld. Deutschland 2,50 R.-Mk. — Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einspaltige Reklamezeile 100 Grosch. Danzig 10 bz. 70 Dz. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfg., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postscheckkonten: Posen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 57. Bromberg, Sonnabend den 9. März 1929. 53. Jahrg.

Das Genfer Kompromiß.

Dreierausschuß: Adatschi, Chamberlain, Quinones de Leon.
Dann: Minderheitenausschuß aller Ratsmächte.

Genf, 7. März. (Eigene Drahtmeldung.) In der Nachmittagssitzung des Rates am Donnerstag legte der japanische Botschafter Adatschi den von ihm ausgearbeiteten Vorschlag für die Weiterbehandlung der Minderheitenfrage dem Rat vor. Der Vorschlag stellt ein Kompromiß zwischen dem deutschen Vorschlag und dem der Gegenseite dar. Er enthält folgende fünf Punkte:

1. Der Rat beauftragt seinen Berichterstatter, den Botschafter Adatschi, ihm für die Juni-Tagung einen Bericht über die Vorschläge vorzulegen, die dem Rat von den Vertretern Deutschlands und Kanadas eingereicht worden sind. Der Berichterstatter hat hierbei den verschiedenen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen, die von den einzelnen Mitgliedern des Rats im Laufe der Tagung geltend gemacht worden sind.

2. Der Völkerbund ersucht die Vertreter Englands und Spaniens, dem Berichterstatter bei der Ausarbeitung des Berichtes ihre Mitarbeit zu gewähren.

3. Der Berichterstatter und seine beiden Mitarbeiter können von den Regierungen, die Minderheitenverträge eingegangen sind, solche Bemerkungen erhalten, wie sie diese Regierungen für notwendig erachten. Jedes Mitglied des Rates kann gleichfalls seinerseits Bemerkungen dem Berichterstatter übermitteln. Jedoch müssen diese Bemerkungen von den Regierungen bis zum 15. April d. J. dem Generalsekretär des Völkerbundes übermittelt sein. Das jetzt vom Rat gebildete Dreier-Komitee kann seinerseits Auskünfte einholen und jede Art Untersuchung vornehmen, die es zur Erfüllung seiner Aufgabe braucht.

4. Der Rat, der sich als ein besonderes Komitee konstituiert, wird zu einer ersten Prüfung des Berichts des Dreier-Komitees schreiten. Er wird sich zu diesem Zweck zu gemeinsamer Arbeit vor Beginn der nächsten Ratstagung versammeln.

5. Das Generalsekretariat des Völkerbundes wird den Regierungen der Staaten, die Minderheitenverträge abgeschlossen haben, sowie den Regierungen sämtlicher Mitgliedstaaten des Völkerbundes diesen Beschluß übermitteln, unter Beifügung des Protokolls der Sitzung des Rates vom 6. März.

Adatschis Vorschlag wurde vom Rat ohne Diskussion einstimmig angenommen.

*

Was will der Vorschlag Adatschis bedeuten?

Genf, 8. März. (Eigene Drahtmeldung.) Zu dem Beschluß des Völkerbundrates in der Minderheitenfrage am Donnerstag können folgende Feststellungen vorgenommen werden:

Der Rat hat ein Verfahren beschlossen, das zunächst in drei Etappen verlaufen soll. Zuerst tritt ein **Dreier-Komitee**, bestehend aus den Vertretern Japans, Englands und Spaniens zusammen, das die Minderheitenfrage prüft und den Bericht erstattet. Sodann tritt der Rat als **Ratskomitee** zusammen, um diesen Bericht seinerseits zu prüfen und einen weiteren Bericht an den Rat als solchen zu schicken, der sodann als dritte Instanz grundsätzlich die Minderheitenfrage prüft. In maßgebenden Kreisen der Minderheitenbewegung wird die Bedeutung dieser Entschließung darin gesehen, daß **der polnische und rumänische Antrag somit vom Rat abgelehnt** worden sind, nach dem überhaupt erst die Zulässigkeit des deutschen und kanadischen Antrages geprüft werden sollte. Ferner sichert das jetzt festgesetzte Verfahren die weitere Prüfung der Minderheitenfrage durch den Rat. Außerdem wird das Ratskomitee nach der Entschließung amtlich den deutschen und kanadischen Antrag als Grundlage seiner weiteren Arbeit nehmen. Sodann wird das Ratskomitee auch zu dem deutschen Antrag auf **Einsetzung eines Studienausschusses** Stellung zu nehmen haben.

Dagegen verhehlt man sich nicht, daß **die Zusammensetzung der Dreier-Kommission für die Belange der Minderheiten wenig günstig** ist. Chamberlain hat in seiner Rede eine völlig ablehnende Haltung zu der Minderheitenfrage gezeigt und der spanische Botschafter Quinones de Leon gilt als Verfechter der französischen Ansicht. Es wird daher erwartet, daß der Bericht des Dreier-Komitees wenig günstig ausfallen wird. Das Entscheidende liegt jedoch darin, daß von deutscher Seite die von Stresemann vorgebrachten Anträge von neuem im Ratskomitee und somit in der Vollversammlung des Rates vorzubringen und zu verteidigen sind. Man betont, daß der deutsche Vertreter im Rat erst am Anfang der von ihm übernommenen Neuregelung der Minderheitenfrage beim Völkerbund stehe. Von großer Bedeutung wird der Bericht sein, den das Ratskomitee und somit der Rat auf seiner Juni-Tagung in der Minderheitenfrage abfaßt, obwohl die **endgültige Entscheidung erst auf der Vollversammlung des Bundes im September** stattfinden kann.

*

Auf nach San Sebastian!

Berlin, 8. März. (Eigene Drahtmeldung.) Das Wolff-Bureau verbreitet aus Genf die Meldung, **der energische von Deutschland und Kanada erhobene Protest habe dazu geführt,** daß die Entscheidung über die weitere Behandlung des Minderheitenproblems nicht dem Berichterstatter-Komitee übersandt, **sondern daß der Rat sich in seiner vollen Zusammensetzung vor und während der nächsten Session abermals offiziell mit der grundsätzlichen Seite** des Minderheitenproblems beschäftigen werde. Zu diesem Zweck wird sich das Verfahren auf einer breiteren Grundlage als bisher abwickeln, wobei sämtliche Mitglieder des Völkerbundes, und nicht allein die Staaten, in denen nationale Minderheiten wohnen, ihre Ansichten werden austauschen können. Das Wolff-Bureau betont, daß verschiedene Staaten, sogar solche, die keine Minderheiten haben, sich für das Minderheitenproblem als eine der Hauptaufgaben des Völkerbundes interessieren. Im Zusammenhange damit gibt das Wolff-Bureau der Überzeugung Ausdruck, daß diese Staaten ebenfalls dem Dreier-Komitee Memoriale in der Minderheitenfrage übermitteln werden. Auf Grund der gestrigen Entschließung besteht jetzt nach dem Wolff-Bureau die Sicherheit, daß der gesamte Völkerbund an der weiteren Behandlung des Minderheitenproblems teilnehmen, und daß dieses Problem noch vor der offiziellen Session des Völkerbundrats einer gründlichen Prüfung unterzogen werden wird.

Wie das Wolff-Bureau ferner mitteilt, wird die normale Session des Völkerbundrats wahrscheinlich in Madrid, dagegen die Beratungen des Ratskomitees in der Minderheitenfrage, das sich auch aus Vertretern aller dem Völkerbunde angehörenden Staaten zusammensetzen und zu den Minderheitenanträgen vor der offiziellen Session Stellung nehmen wird, in San Sebastian, dem bekannten spanischen Hafen am Meerbusen von Biscaya, stattfinden. Weiter kündigt das Wolff-Bureau an, daß an den Beratungen der kanadische Delegierte Dandurand teilnehmen wird um seine Anträge zu verteidigen. Dagegen ist es noch nicht sicher, ob der Völkerbundrat seine Anträge in einem besonderen Bericht der nächsten Vollversammlung vorlegen wird. In jedem Falle werde die Vollversammlung die grundsätzliche Erwägung des Minderheitenproblems, das schon in der letzten Session die Hauptrolle gespielt hat, nicht umgehen können.

*

Vertagt . . . .

Es ist schmerzlich, bekennen zu müssen, daß ausgerechnet Polen, das Land, dem wir schicksalsmäßig zugehören, dem wir unsere Steuern zahlen und dem unsere Söhne den Militärdienst leisten, mit einer offenen Rücksichtslosigkeit, die ans Wunderbare grenzt, die durch Zaleski (oder richtiger gesagt: durch Grażyński) aufgerollte und dann von Stresemann auf die Tagesordnung des Rats gebrachte Minderheitenfrage durch alle nur denkbaren Quertreibereien nicht zur Lösung bringen möchte. Wir wissen, wie man zuerst durch die Verallgemeinerung der Minderheitenverträge für alle Völkerbundstaaten die Diskussion bremsen wollte, wir erleben den zum großen Teil rechtlich nicht haltbaren Einspruch der fünf Signatarstaaten gegen die Abänderung des Garantieverfahrens. Wir sind endlich Zeugen der Versteifung Zaleskis auf ein Dreier-Komitee, dem zwei Pariser Botschafter und außerdem Herr Chamberlain angehören sollen.

Wäre es unter diesen Umständen nicht richtiger gewesen, wenn Herr Stresemann seine große Verteidigungsrede für das Recht aller (d. h. nicht nur der deutschen, sondern auch der polnischen) Minderheiten weniger theoretisch angelegt hätte und dafür mehr auf den konkreten Stand der Dinge eingegangen wäre, der selbst einen Rat am grünen Tisch erschüttern muß? Wie es heißt, soll ihn ein Wink aus London und Paris eines Besseren belehrt haben. Daß sich Herr Briand oder Chamberlain sehr dankbar für dieses deutsche Entgegenkommen gezeigt hätten, kann man nicht gerade behaupten. Es ist zwar gelungen, die Sabotageversuche gegenüber den kanadischen und deutschen Anträgen abzudrehen, es wird auch im Dreier-Komitee, entgegen den Wünschen Zaleskis, nicht etwa über die Zulässigkeit der Verbesserungsanträge, sondern bereits über die Verwirklichung ihres Inhalts verhandelt werden. Es tritt endlich als kleine Konzession das Ratskomitee in Erscheinung, das jetzt freilich nicht mehr als allein vorbereitende, sondern schon als zweite Instanz zusammentreten wird. Gewiß wird das für eine glückliche Lösung des zur Debatte stehenden Problems wenig günstig zusammengesetzte Dreier-Komitee bereits mit bestimmten Richtlinien auf den Plan treten.

Herr Stresemann bewegte sich — wie Briand ironisch bemerkte — in Gedankengängen, die für die Ewigkeit und nicht für die nüchterne Welt bestimmt zu sein scheinen. Ein Teil der großen Presse sagt, daß er ausgezeichnet den Genfer Ton zu treffen wußte. Das ist richtig und falsch zugleich. Nach den Tagen von Lugano und nach einem zehnjährigen Fiasko des Völkerbundschutzes in der Minderheitenfrage hätte kein Wind von Westen her die Verteidiger ewiger Menschheitsrechte abhalten sollen, den Finger gerade dort auf die Wunde zu legen, wo sie besonders nackt und häßlich ist.

Warum aber hat Stresemann, der dies alles wohl weiß, so sanft und nüchtern gesprochen, wie irgend ein ideal gesinnter Redner einer unmaßgeblichen Ligen-Union? **Vermutlich wollte er Zeit gewinnen.** Nicht bis zum Juni, sondern noch darüber hinaus bis zum September, wenn es wieder herbstlich wird. Dann tritt die Vollversammlung des Völkerbundes zusammen, in der es eine bessere Resonanz für Friedensklänge gibt, dann wird vermutlich auch im Dreier-Komitee der Platz von Chamberlain durch einen anderen Briten besetzt werden, dessen Name heute noch in der Wahlurne verborgen liegt.

Hoffen wir immer noch das Beste, lieber Leser!

Hinter den Kulissen.

Der Genfer Berichterstatter des **„Echo de Paris"** sandte seinem Blatte einen detaillierten Bericht über die **Entwicklung der diplomatischen Verhandlungen der Minderheitenfrage** seit Ende Januar d. J., als der deutsche Reichsaußenminister Dr. Stresemann forderte, das Minderheitenproblem auf das Programm des Völkerbundrates zu setzen. Dem Berichte des genannten Blattes zufolge entwickelte sich das Problem folgendermaßen:

Der polnische Außenminister Zaleski sandte an die Ratsmitglieder den Vorschlag, daß die Verpflichtung des Minderheitenschutzes alle Staaten ausnahmslos übernehmen sollten. Die Großmächte, darunter vor allem Frankreich, erachteten den Vorschlag als unannehmbar, weshalb ihn Zaleski zurückzog.

Nichtsdestoweniger begannen auf die durch Dr. Stresemann aufgeworfene Frage auch die Staaten der Kleinen Entente sowie Polen und Griechenland zu reagieren. Ende Februar legten die Gesandten dieser Staaten in London ihren Standpunkt dar. Die gleiche Demarche wurde in Rom unternommen. Am 27. Februar unterbreitete der tschechische Gesandte in Paris namens der genannten fünf Staaten ein Memorandum, wobei er betonte, daß sich ihnen auch Lettland und Estland anschließen würden. Bei diesen Demarchen wurde dargelegt, daß die Staaten, für die die Minderheitenschutzverträge gelten, nicht zulassen werden, daß die Bestimmungen dieser Verträge ohne ihre Hinzuziehung abgeändert werden.

In Paris und Rom wurde versprochen, die These der „fünf Staaten" zu unterstützen. In London wurde angedeutet, daß der deutschen These Konzessionen gemacht werden könnten, so z. B. betreffend die Veröffentlichung der über die Petitionen der Minderheiten getroffenen Entscheidungen. Nichtsdestoweniger wurde in London anerkannt, daß die Grundprinzipien des gegenwärtigen Minderheitensystems nicht angetastet werden können.

Die erwähnten Demarchen hatten

ein freundschaftliches Einschreiten der diplomatischen Vertreter Frankreichs und Englands in Berlin

zur Folge. Beide Mächte ließen wissen, sie wünschten, daß die Verhandlung im Völkerbundrat einen akademischen Charakter trage und insbesondere keine konkreten Details berühre.

In dem Standpunkte der einzelnen dieser Staaten bestehen nichts destoweniger einige Nuancen. **Polen wollte sich jeder konkreten Regelung, ja sogar der Einsetzung eines Studienkomitees, das im Juni dem Völkerbundrat einen Bericht unterbreiten würde, entgegenstellen. Nach dem Wunsche Polens sollte die ganze Angelegenheit in zwei bis drei Tagen beendet sein.** Dieser Regelung widersetzen sich England und der Generalsekretär des Völkerbundes Sir Eric Drummond.

Rumänien wartet die weitere Entwicklung der Angelegenheit ab. Die Tschechoslowakei verhält sich der ganzen Debatte ein wenig fernstehend, da während einer Reihe von Jahren keine Minderheitsbeschwerde gegen sie erhoben wurde.

*

Verwahrung gegen den Minderheitenschutz.

und Griechenlands.
Gemeinsame Erklärung Polens, der Kleinen Entente

Genf, 7. März. In Delegiertenkreisen wird jetzt der Inhalt einer Übereinkunft bekannt, die zwischen den drei Regierungen der Kleinen Entente, sowie der polnischen und der griechischen Regierung getroffen wurde und die eine übereinstimmende Haltung der fünf Mächte in der Minderheitenfrage vorsieht. Die Übereinkunft sieht folgende Punkte vor:

1. Das gegenwärtige Verfahren des Dreierausschusses des Völkerbundrates steht im Gegensatz zu dem Geist und dem Wortlaut der Minderheitenverträge, die nur ein Einschreiten des Völkerbundrates auf besonderen Antrag eines Ratsmitgliedes unter dessen individueller Verantwortlichkeit vorsehen. Die Signatarstaaten der Minderheitenverträge haben dieses Verfahren aus reiner Duldung heraus angenommen. (Etwas stimmt schon an dieser Verwahrung. Der Geist der Minderheitenverträge atmet eine weit größere Toleranz!)

2. Es steht im Gegensatz zum Geist der Minderheitsverträge, wenn der Völkerbund die Beschwerden als zulässig erklärt, die von den auswärtigen Regierungen kommen oder von der Regierung solcher Länder, die rassenmäßig mit den Minoritäten in anderen Staaten verbunden sind. (Wo steht das?)

3. Eine eventuelle Abänderung der Minderheitenverträge hängt keineswegs ausschließlich von der Mehrheit des Völkerbundrates ab, vielmehr ist die Zustimmung der Signatarstaaten der Minderheitsverträge unbedingt erforderlich. (Das hat niemand bestritten.)

4. Die Signatarstaaten der Minderheitenverträge werden einer Abänderung ihrer Verpflichtungen und insbesondere einer Ausdehnung dieser Verpflichtungen gegenüber den Minderheiten wie auch der Schaffung eines neuen Verfahrens oder Einsetzung eines ständigen Minderheitenausschusses nur unter der Bedingung zustimmen, daß der Minderheitenschutz ein allgemeines Gesetz wird, das auf alle Staaten ohne Unterschied ausgedehnt wird. (Nur die Schutzbestimmungen, nicht das Schutzverfahren des Völkerbundes bedürfen der Zustimmung der Signatarstaaten zu ihrer Änderung.)

5. Wenn der Völkerbund ein neues Verfahren beschließt, so würden die Signatarstaaten der Minderheits-

verträge aus ihrer bisherigen Zurückhaltung heraustreten und die einfache und uneingeschränkte Anwendung des in den Minderheitsverträgen vorgesehenen Verfahrens fordern, nach der der Völkerbund sich nur mit den Minderheitsfragen auf den Antrag einer einzelnen Ratsmacht unter dessen eigener Verantwortlichkeit befassen darf. (Diese Auslegung ist irrig und hätte im übrigen lediglich theoretischen Wert.)

6. Wenn die Minderheitsfrage vor dem Völkerbundrat zur Verhandlung gelangt, so müssen die Signatarstaaten der Minderheitsverträge zu den Verhandlungen zugezogen werden, und zwar nicht nur auf Grund des Artikels 4 des Völkerbundpaktes, sondern auch in ihrer Eigenschaft als Signatarstaaten der Minderheitsverträge.

Verhandlungen über Ulitz.

Die Beschwerden des Volksbundes vor dem Rat.

Genf, 8. März. (Eigene Drahtmeldung.) **Der auf der Tagesordnung der heutigen Ratssitzung stehende Fall Ulitz ist abgesetzt worden und auf eine der nächsten Sitzungen verschoben, da die Vorverhandlungen in dieser Angelegenheit zu keinem Ergebnis geführt haben. Die diplomatischen Verhandlungen im Fall Ulitz werden durch Vermittlung des Völkerbundsekretariats zwischen den deutschen und polnischen Abordnungen und dem Berichterstatter für den Fall Ulitz, dem japanischen Botschafter in Frankreich Adatschi, geführt. Der polnische Standpunkt geht im Wesentlichen dahin, daß weder die polnische Regierung noch der Völkerbund in das schwebende Gerichtsverfahren eingreifen könnten. Auf deutscher Seite wird angestrebt, Garantien für eine objektive und gerechte Durchführung des Prozeßverfahrens gegen Ulitz zu erhalten. Der Gedanke einer Freilassung ist in den Hintergrund getreten, da jetzt Garantien für einen normalen Prozeßverlauf als der wesentlichste Hauptpunkt der deutschen Forderungen aufgefaßt werden. Sachlich wird als notwendig erklärt, daß der Völkerbund einen Kommissar zur Gerichtsverhandlung entsendet, der als neutrales Organ über eine normale Durchführung der Prozeßverhandlung wacht. Es wird damit gerechnet, daß ein derartiger Vorschlag von polnischer Seite auf schärfsten Widerspruch stoßen wird. Auf eine Unterstützung Deutschlands durch andere Ratsmitglieder im Falle Ulitz scheint wenig Aussicht zu bestehen, so daß sich die Aussprache hauptsächlich zwischen dem deutschen und polnischen Vertreter abspielen wird, falls nicht vorher eine Einigung zustande kommen sollte.**

Der Völkerbund trat heute vormittag zu einer öffentlichen Sitzung zusammen, in der die übrigen auf der Tagesordnung stehenden Beschwerden des Deutschen Volksbundes zur Verhandlung gelangen.

*

Zaleski gegen eine Freilassung von Ulitz.

Genf, 7. März. (Eigene Drahtmeldung.) Der polnische Außenminister Zaleski erklärte heute vormittag einem Vertreter der deutschen Presse, daß eine Freilassung des Abgeordneten Ulitz von seiten der polnischen Regierung nicht in Frage komme, da die Regierung in ein schwebendes Verfahren nicht eingreifen könne. Es sei ausschließlich Angelegenheit des Gerichts, hierüber zu entscheiden. **Auch würde er persönlich einen derartigen Entschluß im gegenwärtigen Augenblick für höchst unvorsichtig halten.**

Ratssitzung für Kleinigkeiten.

Genf, 7. März. (Eigene Drahtmeldung.) Der Rat hielt heute eine kurze öffentliche Sitzung ab, in der eine Reihe von Kommissionberichten angenommen wurde. Staatssekretär von Schubert berichtete über die Arbeiten des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes im letzten halben Jahr auf dem Gebiete der Handelspolitik, der Meistbegünstigungsklausel und der Zolltarife. Weiter nahm der Rat einen Bericht über die inzuberufende Konferenz für die Kodifizierung des internationalen Rechts an, die im Frühjahr 1930 zusammentreten soll. Ferner lag dem Rat der Bericht der Opium-Kommission vor. Hierbei stellte der Vorsitzende der Opium-Kommission, der zur Aussprache über diesen Punkt hinzugezogen war, fest daß die Hälfte der Mitglieder des Völkerbundes die Opium-Konvention von 1925 noch nicht ratifiziert habe. Der Rat beschloß sodann, die europäische Konferenz für die Ausarbeitung eines internationalen Abkommens über Emigrantenausweise auf den Juli dieses Jahres nach Genf einzuberufen. Die Verhandlungen wurden sodann abgebrochen und auf den heutigen Nachmittag 5 Uhr vertagt.

*

Dandurand—von Schubert.

Genf, 7. März. (Eigene Drahtmeldung.) Erst am Donnerstag hat die **erste Fühlungnahme zwischen der deutschen Abordnung und dem kanadischen Senator Dandurand** stattgefunden. Am Nachmittag unterhielten sich längere Zeit Staatssekretär von Schubert und Senator Dandurand. In Minderheitenkreisen und auch auf kanadischer Seite wird lebhaft bedauert, daß von deutscher Seite nicht bereits zu Beginn der Tagung eine unmittelbare Fühlungnahme mit der kanadischen Abordnung hergestellt worden sei. Die Erklärungen Dandurands in der Ratssitzung am Mittwoch hatten in allen Minderheitenkreisen starken Eindruck hervorgerufen, da Dandurand als einziger mit aller Klarheit das bisherige Verfahren des Dreier-Komitees als völlig unzulänglich abgelehnt hatte und insbesondere den entstellenden Ausführungen Briands entgegentrat.

Englische und französische Pressestimmen.

Berlin, 8. März. (Eigene Drahtmeldung.) Wie aus London gemeldet wird, wird der Genfer Beschluß über die Einsetzung eines Ratskomitees von einem Teil **der englischen Presse** begrüßt. „Daily Telegraph" vertritt in einem Leitartikel die Ansicht, daß hierdurch eine sehr ernste Streitfrage unter den Mächten vermieden worden sei. Die Genfer Entscheidung sei unter den augenblicklichen Umständen die einzig zweckmäßige. Die „Daily News" beanstanden die geheimnisvolle Behandlung der Frage und weisen darauf hin, daß Dr. Stresemann sich große Beschränkung auferlegt habe, als er erklärte, daß die Völkerbundgarantien für die Minderheiten rein kultureller Art und dazu bestimmt seien, die Staaten zu stärken, denen sie angehören.

Nach Meldungen aus Paris gibt auch ein Teil der **französischen** Presse ihrer Genugtuung über den Verlauf der Genfer Ratstagung Ausdruck. Der „Excelsior" schreibt: Bisher hätten die Minderheiten immer großen Alarm gemacht und behauptet, daß ihre Rechte verkannt würden. Jetzt werde die öffentliche Meinung in die Lage versetzt werden, sich selbst ihr Urteil zu bilden, ob der Völkerbund wirklich seine Aufgaben erfülle. Der „Petit Parisien" glaubt zu wissen, daß das neue Dreier-Komitee sich sofort nach der Genfer Tagung in London versammeln werde, da Chamberlain die Arbeiten noch vor den englischen Wahlen beendet sehen möchte.

Die besten Steuerzahler werden unterdrückt!

Rede des Senators Spickermann vom Deutschen Parlamentarischen Klub zur Generaldebatte über den Haushaltsplan im Senat.

Hohes Haus! Vor uns liegt das Budget für das Jahr 1929/30. Auch wir Deutschen sollen unsere Stellung zu diesem Budget präzisieren. Drei Milliarden und noch darüber sollen die polnischen Bürger an Steuern aufbringen, um die Ausgaben, die von den Herren Ministern veranschlagt worden sind, zu decken. Ich will nicht behaupten, daß diese Zahlen ungeheuerlich sind für ein 30 Millionenvolk; doch bei der allgemeinen Armut der Bevölkerung und bei den unsicheren Verhältnissen, die Handel, Gewerbe und Landwirtschaft bei uns durchleben müssen, ist die Last zu schwer, die den Bürgern aufgebürdet wird.

Ein Staat mit 30 Millionen Einwohnern könnte wohl jährlich 3 Milliarden Zloty ausgeben. Aber die Ausgaben müssen die Einnahmen als Ausgangspunkt haben. Hauptsache hierbei ist, daß auf die Volkswirtschaft Rücksicht genommen wird. Es ist gut möglich, daß ein 15—20 Millionenvolk sich ein größeres Budget erlauben kann, als etwa ein Staat von 30 Millionen, wie es Polen ist. Unsere Wirtschaftsführer haben **das gesamte Volkseinkommen Polens auf etwa 12 Milliarden Zloty** berechnet. Unser Budget sieht an Einnahmen über 3 Milliarden Zloty vor, das sind 25 Prozent des gesamten Volkseinkommens. Rechnet man noch die Kommunalsteuern, die geradezu eine Plage im Lande geworden sind, hinzu, so ergibt sich, daß diese Zahlen eine genügende Begründung zur Bezeichnung dieser Art Wirtschaft als Raubwirtschaft geben.

Es gibt Notfälle, wo ausnahmsweise eine Überlastung der Volkswirtschaft zulässig ist, aber das auch nur ausnahmsweise.

Aber bei uns wird es von Jahr zu Jahr schlimmer.

Ja, man denkt sogar an eine Wiederholung der Vermögenssteuer. Und wozu werden diese Einnahmen verwendet? Fast 40 Prozent für Militärzwecke und kostspielige Auslandsveretretungen. Wir sehen also, daß ein großer Teil der Einnahmen zu höchst unproduktive'n Zwecken verwendet wird.

Es ist eine starke Zumutung, von den Bürgern zu verlangen, sich dauernd immer mehr einzuschränken, damit solche und ähnliche unproduktive Ausgaben gemacht werden können. Wohl kann man eine Besteuerung ertragen, die dem Allgemeinwohl und der Besserung der Zukunft dienen soll, aber niemals für Ausgaben, wie ich sie vorhin erwähnte.

In dieser Hinsicht unterscheidet sich leider die Regierung der „starken Hand" durch nichts von denen vor dem Maiumsturz.

Wir Bürger deutscher Nationalität haben neben den ungesunden Wirtschaftsverhältnissen, die wir mit dem polnischen Mehrheitsvolk teilen, noch unter der denkbar schwersten Bedrückung zu leiden. Uns Deutschen ist eine gewisse Sympathie für eine starke Regierungshand eigen, und zwar läßt sich das damit begründen, daß man naturgemäß hinter der Kraft auch Mut zur Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit vermutet. Aber die Regierung der „starken Hand" hat uns schwer enttäuscht. Die kulturellen Bedrückungen werden genau so fortgesetzt, wie sie von den Regierungen vor dem Maiumsturz gehandhabt wurden, ja, man hat sogar den Eindruck, daß die Regierung ihre starke Faust dazu benutzt, um umso unbekümmerter die Bedrückungen fortzusetzen.

Wie man vorgeht, ersieht man aus dem Fall Ulitz in Oberschlesien. Ich will diesen Fall nicht weiter erörtern, weil er schon im Sejm besprochen wurde und zur Zeit die Gerichte beschäftigt. Wir hoffen aber, daß sich das bekannte Wort bewahrheiten wird, „noch gibt es Richter in Polen".

Nun möchte ich den Herrn Innenminister an eine Sache erinnern. Seit Jahren wartet der Sompolnoer Gymnasialverein auf seine Legalisierung. Ich habe vor etwa 2 Jahren den Herrn Innenminister Składkowski in dieser Angelegenheit interpelliert, ebenso den damaligen Justizminister Dobrucki. Trotz gemachter Zusagen ist bis jetzt die Legalisierung noch nicht erfolgt.

Trotz unserer kulturellen Not erfüllen wir loyal unsere bürgerlichen Pflichten. Die Deutschen sind, was ich schon oft in Privatgesprächen von Regierungsvertretern und maßgebenden Staatsbeamten gehört habe, die besten Steuerzahler. Wir sind ein ruhiges Element, das der Polizei, den Gerichten und den Steuerbehörden die wenigste Veranlassung gibt, Klage zu führen. Die Deutschen bringen neben den allgemeinen Abgaben noch viele besondere Opfer für die allgemeine Wohlfahrt in einem Maße, wie sie kein anderer Bürger des Staates aufbringt, da sie den größten Teil ihrer Wohlfahrtseinrichtungen selbst unterhalten.

Diese Opferwilligkeit und Pflichterfüllung haben bisher alle Regierungen, die heutige nicht ausgenommen, in Anspruch genommen und auf sie gerechnet, aber an Gegenleistungen hat noch keine Regierung gedacht, von Taten gar nicht zu sprechen.

Die Vorwürfe, die der Herr Kriegsminister, Marschall Pilsudski, in der Budgetkommission erhob, berühren die deutschen Vertreter nicht, da deren bisheriges Verhalten klar und für alle durchsichtig ist. deshalb habe ich auch keinen Grund, zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen. Ich kann aber nicht umhin, meine Verwunderung darüber auszudrücken, daß Leute, die sich Vergehen zu schulden kommen ließen, wie sie der Marschall in seiner Rede erwähnte, noch immer nicht an den Pranger gestellt und der Staatsanwaltschaft übergeben wurden.

Rumänien als Vorbild.

Die Regierung verhandelt mit den völkischen Minderheiten.

Bukarest, 7. März. In der letzten Zeit führt die rumänische Regierung mit den Vertretern der nationalen Minderheiten in Rumänien Verhandlungen, die einen für beide Teile günstigen Verlauf nehmen. **In allen Kreisen der nationalen Minderheiten herrscht vollkommenes Vertrauen, daß die gegenwärtige Regierung sämtliche Probleme über das Schulwesen und die Bekenntnisse lösen werde.** Ministerpräsident Maniu prüft gegenwärtig das reichhaltige, mit dieser Materie zusammenhängende Material. Es wird angenommen, daß eines der wichtigsten, mit der Minderheitenfrage zusammenhängenden Probleme, und zwar das Recht des Gebrauchs der Muttersprache bei den Behörden, auf dem Wege eines Verwaltungsgesetzes geregelt werden wird. Die übrigen Forderungen und Wünsche der nationalen Minderheiten sollen mit Hilfe eines Minderheitenstatuts erledigt werden, das unverzüglich nach dem Inkrafttreten der Verwaltungsreform abgefaßt werden soll.

In den Tod getrieben!

Das tragische Ende der Gattin eines Minderheitsführers.

Wilna, 7. März. Gestern verübte die Ehefrau des bekannten weißrussischen Führers Antoni Łukiewicz, gegen den ein Strafverfahren wegen Zugehörigkeit zu der weißrussischen „Hromada" schwebt, Selbstmord. Die Frau war von Beruf Ärztin, Spezialistin für Kinderkrankheiten, und **sie hat infolge der seelischen Aufregungen, die durch den Prozeß gegen ihren Mann hervorgerufen wurden, Hand an sich gelegt.** Als Łukiewicz nachmittags um 3 Uhr vom Gericht nach Hause zurückkehrte, fand er bereits die erkaltete Leiche seiner Frau vor. Die Verstorbene hinterließ keinen Brief.

Kabinettsrat in Warschau.

Warschau, 8. März. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern fand hier in den Nachmittagsstunden unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Bartel eine Sitzung des Kabinettsrats statt. In informierten Kreisen ist man der Meinung, daß den Gegenstand der Beratungen das Schreiben gebildet hat, das Finanzminister Czechowicz an die Haushaltskommission des Sejm als Antwort auf den Antrag gerichtet hatte, ihn vor den Staatsger'chtshof zu stellen. Die dieser Angelegenheit gewidmet Sitzung der Haushaltskommission findet heute statt.

Ueberflüssige Regierungsgeschäfte.

Warschau, 7. März. Die Haushaltskommission des Sejm hatte in ihrer gestrigen Sitzung eine originelle Sensation. Als man sich mit der Gesetzesvorlage der Regierung beschäftigte, durch die der Finanzminister ermächtigt werden soll, Aktien der Petroleumgesellschaft „Gazy Wschodnie" (Ostgase), die sich im Besitz der Rothschildschen Creditanstalt (Wie'n) befinden, anzukaufen, sprach sich der bekannte polnische Wirtschaftspolitiker **Prof. Dr. Krzyżanowski**, eine der Stützen des konservativen Flügels im Regierungsblock, scharf gegen den Regierungsantrag aus. Er wies darauf hin, **daß die Ausschaltung fremden Kapitals, das an der polnischen Industrie interessiert sei, eine Torheit wäre, da in Polen Kapitalmangel herrsche und fremdes Kapital gesucht werde.** Für den Ankauf der Aktien wäre ein Kapital von 2 Millionen Dollar erforderlich, und es wäre falsch, einen derart hohen Betrag bei dem in Polen herrschenden Geldmangel wieder ins Ausland zurückfließen zu lassen. Es war das erste Mal, daß ein Vertreter des Regierungsblocks so offen gegen eine Gesetzesvorlage der Regierung auftrat und sogar den Antrag auf Ablehnung der Vorlage stellte. Der Redner wurde denn auch vom Vizevorsitzenden des Blocks, Abg. Dr. Polakiewicz, einem der Führer der radikalen Regierungsgruppe, zurechtgewiesen, der erregt von seinem Sessel aufsprang und erklärte, es sei unerhört, daß ein Referent einer Regierungsvorlage gegenüber einen negativen Standpunkt einnehme. Krzyżanowski fühlte sich durch diese Erklärung beleidigt und unterbrach sein Referat. Nur mit Mühe konnte er dazu bewogen werden, seine Rede fortzusetzen.

In der Auss'prache wurde darauf hingewiesen, daß die Aktien der Gesellschaft „Gazy Wschodnie" an der Börse mit 2 Dollar das Stück gehandelt werden, während die Regierung für eine Aktie 5 Dollar zahlen soll. Der Verlust, der für die Regierung hieraus erwachsen könnte, würde 800 000 Dollar betragen. Nach einer mehrere Stunden währenden Diskussion wurde beschlossen, den Sejmausschuß für Handel und Industrie um ein Gutachten zu ersuchen.

Ein zweites Dementi

zum Danziger Memorial.

Warschau, 8. März. (PAT) Im Zusammenhange mit der von der Telegraphen-Union verbreiteten Meldung, nach welcher das angebliche polnische Memorial über Danzig den ehemaligen Stellvertreter des polnischen Generalkommissars in Danzig Stanisław Zalewski zum Verfasser habe, ist die polnische Telegraphenagentur durch Herrn Zalewski zu der kategorischen Feststellung ermächtigt worden, **daß ihm von der Existenz eines derartigen Memorials nichts bekannt sei.**

Der Aufstand in Mexiko.

London, 7. März. (Eigene Meldung.) Nach Meldungen aus Elpaso in Texas wird aus den Aufstandsgebieten berichtet, daß sich der Hauptbewegung 6000 Yaqui-Indianer angeschlossen hätten. Auch aus Nord-Mexiko werden Erfolge der Aufständischen gemeldet. Es heißt, daß

Teile der Regierungstruppen in die Berge geflüchtet

wären. Mazaplan, die wichtigste Hafenstadt des Staates Sonora an der pazifischen Küste, sei von den Aufständischen besetzt worden. Der Führer, General Manso habe entlang der westpazifischen Küste mit seinen Truppen den Vormarsch begonnen.

Meldungen aus Newyork berichten demgegenüber von

Erfolgen der Regierungstruppen.

Der Plan der mexikanischen Regierung geht offenbar dahin, zunächst Vera Cruz zurückzuerobern, um dort ein großes Versorgungs- und Munitionszentrum zu schaffen und dann den Vormarsch nach dem Norden aufzunehmen. Die Nachricht, daß sich ein Teil der Aufständischen in Vera Cruz gegen die eigenen Führer gewandt habe, scheint sich zu bestätigen. Von der 7000 Mann starken aufständischen Besatzung der Stadt sollen 3000 Mann gemeutert haben. Eine amtliche Mitteilung der mexikanischen Regierung kündigt ferner die Wiederbesetzung von Cordoba an. Auch Orizaba soll sich wieder endgültig in den Händen der Regierungstruppen befinden.

Die mexikanische Gesandtschaft in London veröffentlicht ein Telegramm aus Mexiko Stadt, wonach die Regierung von allen Divisionen Loyalitätserklärungen erhalten habe, Um den Feldzug gegen die Aufständischen schnell und wirksam durchzuführen, sei die Mobilmachung angeordnet worden. Alle Militär- und Zivilgruppen erhielten den Mobilisationsbefehl und hätten der Regierung freiwillig ihre Unterstützung angeboten. In Londoner politischen Kreisen wird der Erfolg der Aufstandsbewegung sehr vorsichtig beurteilt. Man weist vor allem darauf hin, daß der Erzbischof jede Unterstützung der römisch-katholischen Kirche für die Aufständischen abgelehnt habe.

Pommerellen.

8. März.

Graudenz (Grudziądz).

× **Zur Beilegung des Ärzte- und Krankenkassenstreits.** In der am Montag dieser Woche zwischen Krankenkasse und Ärzten stattgehabten Konferenz erfolgte, wie weiterhin mitgeteilt sei, eine Einigung auf folgender Grundlage: 1. Alle dem Verbande angehörenden Ärzte, die bis zum 31. Dezember 1928 für die Kasse praktizierten, nehmen die Behandlung aufs neue auf; 2. dasselbe betrifft die nicht dem Verbande zugehörigen Ärzte; 3. weil im Januar zwei Nichtverbandsärzte für die Kasse zu arbeiten begannen, die auch weiterhin verblieben, nimmt die Kasse als Ausgleich dafür auf Vorschlag des Ärzteverbandes drei neue Verbandsärzte, und zwar Frau Dr. Blank, sowie Dr. Mardziński und Dr. Blind in die Reihe der Kassenärzte auf. Die endgültige Erledigung der ganzen Streitangelegenheit und der Abschluß eines schriftlichen Vertrages wird, nach Klärung aller noch nicht genügend festgelegten Punkte, auf der wahrscheinlich am 12. d. M. in Posen stattfindenden Delegiertentagung der Krankenkassen unter Teilnahme von Vertretern des Ärzteverbandes erfolgen. — Die Krankenkasse der Stadt Graudenz wird die seit Januar eingeführte Nachtdujour weiter beibehalten. Danach amtieren täglich von 9 Uhr abends ab im Kassengebäude ein dujourierender Arzt und ein Beamter der Kasse. Diese Einrichtung soll solange bestehen bleiben, als nicht in Graudenz eine ständige ärztliche Rettungsbereitschaft in Wirksamkeit tritt. Wahrscheinlich wird der Magistrat diese Angelegenheit, für deren Verwirklichung sich auch der Wojewode gegenüber dem hiesigen Kreisarzt ausgesprochen hat, in kurzer Zeit erledigen. Der Kasse wird dann auch die Bereitschaft zugute kommen. Für die Graudenzer Stadtkrankenkasse praktizieren zurzeit 26 Ärzte, darunter 12 Spezialärzte. Die Militärärzte, die während des Konflikts für die Kasse gearbeitet haben, haben am 4. d. M. diese Tätigkeit eingestellt. *

× **Umbenennung von Straßen.** Der Stadtpräsident gibt Folgendes bekannt: Unter Bezugnahme auf die Beschlüsse des Magistrats vom 4. 12. 28 und der Stadtverordnetenversammlung vom 3. 12. 28 wird auf Grund des Gesetzes vom 11. 3. 1850 Nachstehendes verordnet: Vom heutigen Tage (6. März 1929) ab führt die ul Staroscińska den Namen ul. Józefa Piłsudskiego, ferner heißen jetzt die Karl Obuch-Straße: ul. Kwiatowa, die Roonstraße: ul. Ogrodowa, die Moltkestraße: ul. Mickiewicza, die Königstraße: ul. Mikołaja z Ryńska, die Wilhelmstraße: ul. Woodrowa Wilsona, die Steinstraße: ul. Batorego, der Spaenkeweg: Aleja Królowej Jadwigi, die Fiewoerstraße: ul. Fijewska, die Ringstraße: ul. Okólna, die ul. Sądowa (Gerichtsstraße): ul. Szpitalna die ul. Rzezalniana (Schlachthofstraße): ul. Gabryela Narutowicza, die ul. Biskupia (Bischofstraße): ul. Św. Wojciecha, die ul. Kuntersztyńska (Kuntersteinerstraße): ul. Generała Bema. —Vielen Lesern werden einige Umbenennungen uklar sein. Deshalb sei bemerkt, daß es sich bei den Umbezeichnungen der betreffenden Straßen in „Ogrodawa", „Kwiatowa", „Mickiewicza", also in doch schon bereits bestehende Namen, um die Verlängerungen dieser Straßen handelt, somit um erst geplante, aber in den schon aus deutscher Zeit existierenden Stadtplänen bereits eingezeichnete Straßen. König-, Wilhelm- und Steinstraße sind Verbindungswege vom Tuscherdamm zur Bahnhofstraße bzw. als solche geplant. Eine Ringstraße aber ist in dem bis 1905 ergänzten und berichtigten Stadtplan, der uns zur Einsichtnahme zur Verfügung steht, noch nicht enthalten. *

× **Änderung des Großhandelspreises für Weizenmehl.** Laut amtlicher Bekanntgabe des Stadtpräsidenten hat der Magistrat in seiner Sitzung am 5. März nach Anhörung der Preisuntersuchungs-Kommission den Preis für 100 Kilogramm Weizenmehl 65prozentiger Ausmahlung im Großhandel auf 66,50 Złoty festgesetzt. Der Preis für Roggenmehl 70prozentiger Ausmahlung (47,00 Zł. für 100 Kilogramm) hat keine Veränderung erfahren. Preisüberschreitungen werden mit der hierfür vorgesehenen Strafe geahndet. *

× **Nach dem Ladenbrand bei der Firma „Standard".** Mittwoch mittag gegen 12 Uhr nahm eine aus dem Untersuchungsrichter Kolarz, dem Staatsanwalt Zambrzycki und dem Leiter der Kriminalpolizei, Aspirant Krefft, bestehende Kommission eine Revisionsbesichtigung des ausgebrannten Lokals vor. Ein gerichtlich vereidigter elektrotechnischer Sachverständiger hat nach genauer Inaugenscheinnahme der Brandstelle bekundet, daß Kurzschluß an einer elektrischen Leitung nicht die Ursache des Feuers sein kann Was den Brand tatsächlich hervorgerufen hat, ist vorläufig noch unermittelt geblieben Ladeneinrichtung und Waren sind bei der Poznańsko-Warszawski-Versicherungsgesellschaft mit 54 000 Złoty versichert. Die Kriminalpolizei setzt ihre Nachforschungen in dieser Angelegenheit fort. *

× **Kleiner Brand.** Im Hause Lindenstraße 51 war am Mittwoch im Klosett eines Mieters beim Auftauen von Leitungsrohren die Decke in Brand geraten. Bei ihrem Eintreffen fand die Wehr das Feuer bereits unterdrückt, so daß eine Löschaktion nicht mehr zu erfolgen brauchte. *

× **Ein folgenschwerer Unfall** ereignete sich am Mittwoch früh 4.30 Uhr auf der Eisenbahnstation Melno. Dort wurde der 25jährige unverheiratete Eisenbahner Kuszewski von einer Lokomotive überfahren und so schwer verletzt, daß er auf dem Wege in ein Krankenhaus bereits verschied. Über die näheren Umstände des Unglücksfalles war bisher Näheres nicht zu erfahren. *

× **Wer sind die Besitzer?** Beim Städtischen Amt für öffentliche Ordnung und Sicherheit (Rathaus I) sind zwei gefundene Portemonnaies mit geringerem Geldinhalt abgegeben worden. Die Eigentümer können sie von dort abholen. *

*

Vereine, Veranstaltungen ꝛc.

Deutsche Bühne Grudziądz. Wie einen spannenden Kriminalroman verfolgt man die Handlung im „Prozeß Mary Dugan". Das Publikum ist bei dieser Aufführung die Geschworenen und wird durch die Handlung besonders mitgerissen. Es sollte niemand versäumen, dies hochinteressante Stück kennen zu lernen. Eine Wiederholung findet, wie bereits mitgeteilt, am kommenden Sonntag, dem 10. März cr., nachmittags 3 Uhr, statt. 3241 *

Thorn (Toruń).

≠ **Der Stadtpräsident** gibt bekannt: Infolge des starken Frostes und des hohen Schnees begeben sich hungernde Tiere aus Wald und Feld oft in die Nähe menschlicher Behausungen, weil sie hier Äsung zu finden hoffen. Nun ist es vorgekommen, daß gewissenlose Menschen dem Wilde, besonders Hasen und Kaninchen, durch ausgelegte Schlingen nachstellen. Hiervor wird gewarnt, da Schlingensteller auf Grund des Gesetzes mit schweren Strafen belegt werden. **

dt. **Vorbereitungen gegen das Hochwasser.** Die Straßenlaternen und jegliche bewegliche Gegenstände sind bereits am Weichselufer in Erwartung des Hochwassers entfernt worden. Auch der Hebekran wird höher hinaufgeschafft, damit die Eisschollen keinen Schaden anrichten. — Auf behördliche Anordnung muß bis zum 8. März in den Weichselniederungen die Bevölkerung mit allen Vorbereitungen zur Räumung fertig sein, da das Hochwasser nach Angabe des Wasserbauamts noch 2 Meter höher als im Jahre 1924 steigen kann. Die Bewohner des Oberlandes sind verpflichtet, Vieh und Vorräte aufzunehmen, überall ist die Organisation des Wachdienstes beendet, die Unterkunft für Kommandos von Artillerie und Pionierabteilungen vorbereitet. Die Weichsel weist eine Eisstärke von über 1 Meter auf. Der Goplosee in Kujawien ist 2,5 Meter tief gefroren. Stellenweise sind die Dämme vor Kälte geborsten. **

≠ **Ein empfindlicher Temperaturrückgang** machte sich Donnerstag früh bemerkbar. Das Thermometer zeigte 8½ Grad Celsius unter Null, auf den Vorstädten sogar —10 Grad. Stellen, die der Morgensonne ausgesetzt waren, zeigten dagegen 2 Grad Wärme an! — Nach starkem Schneefall am Mittwoch nachmittag setzte in den letzten Nachtstunden zum Donnerstag ein äußerst heftiger Nordsturm ein, der mit fortschreitender Tageszeit an Stärke abnahm. **

≠ **Kostenloses Mittagessen** geben herumfahrende Militärfeldküchen an die ärmsten Bewohner der Stadt aus. Die Speisung erfolgt auf Veranlassung der Intendantur des 8. Korps und soll während des Winters fortgesetzt werden. **

§§ **Von der Strafkammer.** Der Schmied Franz Kucharski war bei dem Spediteur Sadecki beschäftigt und stahl dort verschiedene Gegenstände wie Wagenachsen usw., welche er dann verkaufte. Er wurde zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. — Die 17jährige Helena Mackowiak hatte Unwahrheiten über den Polizeioberkommissar Parzybok verbreitet, wofür sie 1 Monat Gefängnis mit Bewährungsfrist erhielt. — Die Jugendlichen Max Bucholz und Franz Zajer hatten Kohlen gestohlen und diese weiterverkauft. Sie wurden zu 3 Monaten bzw. 14 Tagen Gefängnis verurteilt. **

≠ **Infolge Fahrlässigkeit** beim Auftauen eines Wasserleitungsrohres mit einer Lötlampe entstand Mittwoch nachmittag gegen 6½ Uhr in der Wohnung des Herrn Władysław Skrzypek in der Schulstraße Nr. 5 ein Brand, der das Deckengebälk erfaßte. Die alarmierte Feuerwehr beseitigte jede Gefahr in kurzer Zeit. **

≠ **Die Polizei verhaftete am Mittwoch drei Personen,** die s. Zt. beim Oberst Malinowski einen Diebstahl verübt hatten. — An demselben Tage wurden zehn Protokolle wegen Übertretung polizeilicher Vorschriften aufgenommen. **

—dt. **Aus dem Drewenzwinkel,** 7. März. Bei den in Neudorf stattgefundenen Gemeindewahlen wurde Schneidermeister Burdinski zum Gemeindevorsteher gewählt. Als Schöffen wurden gewählt: Anusiak, Stefanowski und Steinke. Das „Słowo Pom." weint bereits Krokodilstränen über die Wahl eines deutschen Gemeindevorstehers.

m **Dirschau** (Tczew), 7. März. Die Eisbrecherarbeiten auf der Weichsel schreiten rüstig vorwärts. Die Eisbrecher legen täglich ca. 8—9 Kilometer frei und haben schon bis in die Nähe von Pieckel vorgearbeitet. Maßnahmen gegen die drohende Hochwassergefahr sind ebenfalls festgelegt worden. Bei drohender Hochwassergefahr wird die Bevölkerung durch kurze Signale der Feuersirene aufmerksam gemacht, so daß im Bedarfsfalle die bedrohten Häuser geräumt werden können. Das zum Schutz der Dämme notwendige Material wird ebenfalls angefahren. — Ins hiesige Vinzenzkrankenhaus eingeliefert wurde ein Mann namens Sylvester Lewan von hier, welcher im Verlauf einer Schlägerei bedenkliche Wunden am Kopfe und an den Händen davontrug.

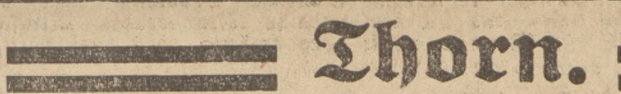
* **Konitz** (Chojnice), 7. März. Eine Kohlenoxydgasvergiftung erlitt die Familie des Domänenpächters Rożynski in Klonowa. Das Dienstmädchen bemerkte des Nachts einen Kohlengasgeruch und fand in dem Schlafzimmer ihre Herrschaft in bewußtlosem Zustande auf. Sofort eingeleitete Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg gekrönt. Vier Personen wurden dem Vergiftungstode entrissen.

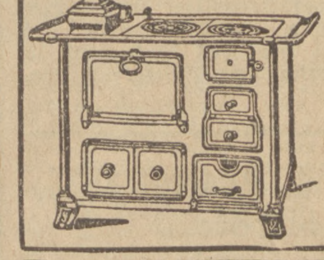
a. **Schwetz** (Świecie), 7. März. Diebstähle. Der Besitzer Jendrziczki aus Suchau hiesigen Kreises kam mit seinem Schlitten vors Gasthaus Klośka. Er verweilte dort eine Zeit, während dessen ihm die Wagendecke vom Schlitten gestohlen wurde. Es gelang aber bald, den Dieb zu ermitteln und ihm die Decke abzunehmen. — Den Einwohnern Lewandowski und Deja in Lubiewo wurden vor einigen Tagen nachts Hühner aus dem Stall gestohlen. — Ebenso wurden in Schwekatowo den Einwohnern Haftka und Franckowski aus dem Stall Hühner gestohlen. In beiden Fällen konnten die Diebe nicht ermittelt werden. — Auf dem Holztermin im Knuthschen Lokale in Johannisberg, der von der Oberförsterei Schwekatowo anberaumt war, wurden folgende Preise notiert: für Kloben bis 18 pro Raummeter, Rollen 12,50, Reiser 1. Kl. 5—5,50 Złoty.

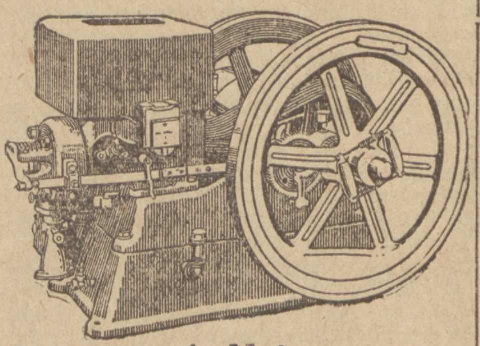
Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau** (Warszawa), 7. März. Großer Waffenschmuggel. Beamte des schlesischen Grenzschutzkorps nahmen in Warschau bei einem gewissen Henoch Landau eine Haussuchung vor, in deren Verlauf eine große Menge aus Deutschland geschmuggelter Waffen vorgefunden wurden. Die Waffen, die einen Wert von etwa 27 000 Złoty darstellen, wurden beschlagnahmt. Landau wurde mit einer Geldstrafe in der Höhe von 40 000 Złoty belegt. Außerdem wurde die Angelegenheit dem Staatsanwalt überwiesen.

* **Lemberg** (Lwów), 7. März. Man schlägt sich wegen Leichen die Schädel ein. In Lemberg kam es zu einem Handgemenge zwischen jüdischen Studenten der medizinischen Fakultät der Lemberger Universität und jüdischen Stadtverordneten, und zwar in dem Lokale der jüdischen Gemeinde. Die jüdischen Studenten wurden nämlich von ihren christlichen Kollegen nicht zu den Arbeiten im Prosektorium zugelassen, weil keine jüdischen Leichen geliefert wurden. Die jüdische Studentenschaft forderte deshalb von der jüdischen Gemeinde die „notwendige Zahl jüdischer Leichen", wobei es zu einem Skandal kam. Die Polizei stellte die Ruhe her und nahm ein Protokoll auf.







Das provisorische päpstliche Kabinett.

Wien, 7. März. „United Preß“ meldet aus Rom, daß am Sonnabend das provisorische Kabinett ernannt wurde, das die Verwaltungsfunktionen auf dem Gebiet des Vatikans ausüben soll. Dieses Kabinett, das sich aus dem Fürsten Borgogni, Picardo und Pacelli zusammensetzt, wird bis zur offiziellen Ratifizierung des Abkommens mit dem Lateran amtieren, worauf der Papst den Gouverneur ernennt, der wahrscheinlich eine geistliche Person sein wird. Das neu ernannte provisorische Kabinett wird sich unverzüglich mit den italienischen Regierungsbehörden in Verbindung setzen, damit diese die vorläufigen Funktionen in der Vatikanstadt ausüben können.

In allernächster Zeit wird der Vatikan

eine internationale katholische Bank

gründen, die sämtliche finanziellen Transaktionen der Kirche durchführen soll. Bislang hatte ein bekanntes Newyorker Bankhaus die Regelung der finanziellen Angelegenheiten des Vatikans übernommen.

Es würde durchaus in der Linie der päpstlichen Politik liegen, wenn jetzt, nach dem ersten großen äußeren Erfolg seit 1870, nämlich der Wiedererrichtung des Kirchenstaates, die Unabhängigkeit der Kirche auch auf finanziellem Gebiet gesichert würde. Wie wichtig die Verwirklichung derartiger katholischer Pläne sein könnte, kann man ermessen, wenn man bedenkt, wie weit gespannt der Wirkungskreis einer solchen Bank ihrer ganzen Natur nach gezogen werden wird, und wenn man weiter berücksichtigt, welche wirtschaftliche Kräfte mit Hilfe der kirchlichen Organisation in den Bereich dieser Bank eingefügt werden könnten. Auf dem Wege zur Konsolidierung einer überall befestigten päpstlichen Macht stellt dieses Projekt einen entscheidenden Schritt dar.

Geständnis auf Bestellung.

Der Brüsseler „Soir“ veröffentlicht ein Interview, das sein Vertreter in Amsterdam mit dem als „Dokumentenfälscher“ verhafteten Frank-Heine gehabt. Darin erklärt Frank-Heine, daß er stets, vor allem auch in seiner Zeitschrift „Nouveaux Jours“ für eine belgisch-deutsche Annäherung eingetreten sei. Im September 1927 sei durch den Brüsseler Korrespondenten des Hugenberg-Konzerns, Kurt Bährens, finanzielle Unterstützung für die Zeitschrift angeboten worden, die er abgelehnt habe. Offenbar habe man ihn in Deutschland mißverstanden, denn er sei im März 1928 nach Köln eingeladen worden, wo ein gewisser Conrad Hauser ihn dazu verleiten wollte, in Belgien und Frankreich einen Spionagedienst zu organisieren. Davon habe er in Brüssel den Behörden Mitteilung gemacht. Seine Reise nach Köln wäre durch den damaligen deutschen Geschäftsträger in Brüssel, von Mackensen, unterstützt worden, der ihm ein Gratis-Visum verschafft habe.

Nach diesen Erfahrungen habe er beschlossen, gegen den deutschen Spionagedienst zu arbeiten. Allerdings habe man in Deutschland gegen ihn Verdacht geschöpft, und im September 1928 sei er in Hohenberg bei Köln auf kurze Zeit verhaftet worden. Er habe dann beschlossen, die Deutschen, um sie in Sicherheit zu wiegen, mit Fälschungen zu bedienen, wovon die Gruppe Hugenberg einige gekauft habe. Bard Herremans, dem er den „französisch-belgischen Militärvertrag“ verkauft habe, unterhalte enge Beziehungen zu deutschen Verbänden und sei sogar unter dem Namen „H. Kerling“ Mitglied der Gruppe von Robert Ernst, die vom „Ring“ des Freiherrn v. Gleichen abhänge. Viel habe er bei dem Geschäft mit dem Militärvertrag, den er im Café „Trio“ in Mecheln am 19. Januar dem Bard-Herremans übergab, nicht verdient. Höchstens 6000 Frank.

Selbst der „Soir“ meint zu diesem von ihm veröffentlichten Interview, daß sich Frank-Heine offenbar als „Held“ aufspielen möchte.

Dieses vom „Soir“ veröffentlichte Geständnis ist bereits das dritte seiner Art und trägt den Stempel der Unaufrichtigkeit an sich. Bard Herremans ist ein jungflämischer Führer, den man bei dieser Gelegenheit gern verhaften wollte (— er ist schon verschwunden!). Robert Ernst ist ein im Kolmarer Prozeß verurteilter Elsässer, der weder zur flämischen Bewegung Beziehungen unterhält, noch vom „Ring“ des Herrn von Gleichen, der bekannten jungkonservativen Gruppe in Berlin, abhängig ist.

Ein verdächtiges Individuum.

Das Pariser „Journal“ veröffentlicht den Lebensroman von Albert Frank-Heine, der fast unglaublich klingt:

Frank sei der Sohn eines holländischen Juden und einer Deutschen. Er wolle mütterlicherseits von Heinrich Heine abstammen. Er habe für die belgische Nationalität optiert, sei danach aber in die deutsche Marine eingetreten, desertiert und nach Argentinien geflüchtet. Was er dort getrieben hat, wisse man nicht. Bei Ausbruch des Krieges sei er nach Europa zurückgekehrt. Im Jahre 1915 sei er in London aufgetaucht. Im Dezember dieses Jahres sei er von einem englischen Gericht wegen Paßdiebstahls zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt und nach Verbüßung der Strafe aus England ausgewiesen worden. Er sei dann nach Belgien gekommen und ins belgische Heer eingetreten. Er habe es verstanden, in der Etappe zu bleiben und schnell Unteroffizier zu werden. In Paris sei er jedoch erkannt und als Deutscher (??) angezeigt worden. Man habe ihn aus dem Heer ausgestoßen und in ein Internierungslager gebracht, aus dem er entwichen sei. Nach England zurückgekehrt, sei er dort wiederum verhaftet und wegen Verstoßes gegen den Ausweisungsbefehl mit drei Monaten Gefängnis bestraft worden. Nach Verbüßung dieser neuen Strafe sei er von den englischen Behörden aufs neue ausgewiesen worden. Sofort nach dem Waffenstillstand sei er nach Belgien gekommen. Anfang 1919 sei er in Brügge als Aufseher bei einer religiösen Vereinigung tätig gewesen. Dieses Postens bald enthoben, sei er in Löwen Bibliothekar bei den Jesuiten gewesen. Hier jedoch sei er in flagranti bei der Entwendung von Büchern ertappt und davongejagt worden. Kurze Zeit darauf sei es ihm in Antwerpen gelungen, bei der Bibliothek des Justizpalastes angestellt zu werden. Aber auch diesen Posten habe er wegen Diebstahls von Büchern aufgeben müssen. In Paris sei er dann dreimal in der Zeit vom Dezember 1919 bis Mai 1920 wegen Diebstahls, Fälschungen, Betruges und unerlaubten Tragens von Ehrenzeichen verurteilt worden. Nach Verbüßung der verschiedenen Strafen sei er in die Antwerpener Redaktion der Zeitung „Neptun“ eingetreten. In Antwerpen habe er das Wohlwollen eines — Gott sei Dank! — kürzlich verstorbenen Generals gewonnen, bei dem er sich die Papiere habe verschaffen können, die ihm später die Herstellung des gefälschten Dokuments ermöglichten. Aber auch in dieser neuen Tätigkeit habe er kein Glück gehabt. Er sei entlassen worden.

Ein neues Dementi aus Utrecht.

Zu dem sogenannten „Geständnis“, das nach Brüsseler Berichten von einem Individuum namens Frank-Heine abgegeben worden sein soll, daß die Schriftstücke durch ihn gefälscht wurden und durch ihn oder seine Freunde dem „Utrechter Tageblatt“ verkauft seien, erklärt die Chefredaktion dieses Blattes im Anschluß an ihr erstes, von uns bereits mitgeteiltes Dementi noch folgendes:

Die Chefredaktion des „Utrechter Tageblattes“ hat sich zu der Veröffentlichung des Schriftstückes auf Grund einer Veröffentlichung entschlossen, die von einer hochstehenden amtlichen niederländischen Persönlichkeit gemacht wurde, deren persönlicher Charakter und amtliche Stellung zu unbedingtem Vertrauen berechtigen. Die Chefredaktion hat, wie bereits am 26. Februar mitgeteilt, die Schriftstücke mit eigenen Augen gesehen und zitiert und sich nach eigenem Gewissen von der Echtheit überzeugt. Sie hat, bevor sie zu der Veröffentlichung überging, das Urteil eines Graphologen von anerkannter Fachkenntnis über die Echtheit der beurkundeten Unterschrift eingeholt und sich außerdem darüber vergewissert, daß die Echtheit der Schriftstücke selbst durch hochstehende Kollegen von untadeligem Namen im höchsten Maße für wahrscheinlich gehalten worden ist, so daß sie, wenn sie ihnen selbst zur Veröffentlichung zugestellt worden wären, nicht gezögert hätten, ihre Veröffentlichung vorzunehmen. Die Chefredaktion hielt außerdem die Veröffentlichung aus folgendem Grunde für gerechtfertigt, da sie wußte: a) daß den Beamten niederländischer Behörden vor der Veröffentlichung Gelegenheit gegeben wurde, sich auf Wunsch von der Echtheit dieser Schriftstücke zu überzeugen oder sich überzeugen zu lassen; b) daß man von sehr hochstehender amtlicher Seite sehr großen Wert auf die Erwerbung der Schriftstücke gelegt hatte; c) daß vertrauenswürdige Stellen der obersten Behörden, die in dieser Angelegenheit als unbedingt zuständig gelten müssen, die Echtheit und den Inhalt der Schriftstücke als sehr wahrscheinlich bezeichneten und daß einige dieser Stellen die absolute Echtheit dieser Schriftstücke vor der Veröffentlichung garantierten und diese auch sowohl nach den ausländischen Dementis als auch nach Bekanntwerden des sogenannten Geständnisses als unbedingt unantastbar auf das entschiedenste aufrecht erhalten.“

Der Fälscher wird entlassen.

Ein früherer belgischer Kriegsminister als Kronzeuge

für die Echtheit der Utrechter Dokumente.

Brüssel, 7. März. Eine amtliche Brüsseler Mitteilung besagt, **Frank-Heine sei freigelassen worden**, weil einerseits die Anklage, daß er seinen Paß gefälscht habe, nicht ausreiche, um seine Verhaftung aufrecht zu erhalten, und andererseits das Strafgesetz keine Strafe für die Fälschung der Dokumente vorsehe, die im „Utrechtsche Dagblad“ veröffentlicht worden sind.

Nach den neuesten Nachrichten wurde Frank-Heine nämlich nicht mehr beschuldigt, die belgisch-französischen Geheimverträge gefälscht zu haben, es wurde ihm nur noch zur Last gelegt, in seinem Auslandspaß Abänderungen vorgenommen zu haben.

Nun fragt man sich, weshalb er verhaftet wurde. Sicher ist es, daß Frank im Dienste des zweiten belgischen Spionagebureaus stand. Von eingeweihten Kreisen wird angedeutet, daß die belgische Staatsanwaltschaft mit der Verhaftung Franks einen Fehler begangen habe, da Frank für den belgischen Spionagedienst unmöglich werde. Alle Verantwortung für die angebliche Fälschung soll demnach auf Ward Hermans, und vor allen Dingen auf die flämischen Nationalisten abgewälzt werden. Die ganze Angelegenheit wäre also als

ein Manöver gegen die flämischen Nationalisten

aufzufassen, deren Erfolg man bei den Maiwahlen fürchtet. Man hat schon zu beweisen versucht, die flämischen Aktivisten ständen noch mit Deutschland in Verbindung. Frank wäre also dazu ausersehen gewesen, den Beweis dafür zu erbringen.

Einer der Redakteure der Zeitung „Vaderland“ hatte am Sonnabend in Brüssel eine persönliche **Unterredung mit dem früheren belgischen Minister für Landesverteidigung, de Brouckere.** Dieser sagte, daß Frank-Heine zweifellos rechts und links Urkunden gestohlen habe. **So sei z. B. die Liste der Mobilisierungspunkte richtig.** „Für unsere Generalstabsoffiziere“, so sagt de Brouckere wörtlich, „ist das sehr unangenehm, denn sie müssen nun neue Mobilisierungspläne ausarbeiten.“ **Auch die anderen Mobilisierungsangaben, wie die, daß Belgien über 49 Tanks verfüge, seien richtig.** Das „Vaderland“ bringt diese Mitteilungen in großer Aufmachung und weist auf die Stellen in Tardiens Buch „La Paix“ hin, in dem es auf Seite 257 heißt, daß der belgisch-französische Militärvertrag aus drei Abkommen bestehe. Dies würde auch mit den Äußerungen van Benningens übereinstimmen, der erzählte, daß ihm nicht ein Abkommen, sondern mehrere angeboten worden seien. Von diesen drei Abkommen seien zwei bereits in Kraft, während das dritte im Jahre 1935 in Kraft treten solle.

*

Paris, 7. März. (Eigene Drahtmeldung.) Das „Oeuvre“ berichtet zu der Utrechter Angelegenheit, daß **ein höherer belgischer Offizier wegen Nichtüberwachung seiner Untergebenen bereits seines Postens enthoben** worden sei. Nach einer Meldung des „Journal“ habe Frank einem Beamten der belgischen Militär-Sicherheitspolizei versprochen, gegen Überlassung von Briefpapier und Stempeln des Kriegsministeriums ein wichtiges deutsches Dokument zu besorgen, das die nationale Verteidigung Belgiens betreffe.

Polens Wirtschaft im 4. Quartal 1928.

Der neueste Bericht Deweys.

In seinem letzten Bericht über Wirtschaft und Finanzen Polens hebt der amerikanische Finanzberater Dewey gleich zu Anfang hervor, daß der Stabilisierungsplan gut funktioniert. Im Zusammenhang damit stellt er fest, daß die Staatseinnahmen im Laufe der ersten neun Monate des Budgetjahres 1928/29 vorsichtig berechnet waren und das System der monatlichen Budgetaufstellungen vollständig gewahrt wurde. Wie in dem 1. Teil des Berichtes erwähnt wird, sind wirtschaftliche Hilfsfonds aus Summen der Stabilisierungsanleihe gebildet worden, und ein sogenannter Fonds „F.“ ist auf Grund von Festsetzungen zwischen der Regierung, der Bank Polski und dem amerikanischen Finanzberater ständig flüssig. Nach dem 31. Dezember 1928 wurden aus diesem Fonds zu Wirtschaftszwecken insgesamt 122 Millionen 500 000 Zloty vergeben. Davon erhielten die staatlichen Stickstoffwerke in Tarnow 23 Millionen 800 000 Zloty, die staatlichen Werke zur Herstellung von Telephon- und Telegraphen-Apparaten 5 Millionen Zloty, die staatlichen Post- und Telegraphenunternehmen 15½ Millionen Zloty, die staatlichen Werke „Polmin“ ½ Million Zloty. Der Rest entfällt auf Darlehen für die staatliche Landwirtschaftsbank, die Landes-Wirtschaftsbank, die Landschaftskredite in Warschau, Wilna, Lemberg und Posen. (Wir vermissen eine Angabe darüber, wieweit dieser wirtschaftliche Hilfsfonds der Privatwirtschaft zugute gekommen ist. Denn auch die an die Staatsbanken erteilten Darlehen dürften nur zu dem

allergeringsten Teil wirklich an Privatunternehmen vergeben und in den Verkehr gebracht worden sein. Die Red.)

In dem zweiten, dem Budget für das Jahr 1929/30 gewidmeten Teil des Berichtes sind nähere Angaben über den dem Sejm vorgelegten Haushaltsvoranschlag veröffentlicht. Dewey hebt hervor, daß in dem Budget mehrfach Ausgabepositionen enthalten sind, die nicht benutzt zu werden brauchen, falls sich die Einnahmen in einem solchen Maße verringern, daß ein Budget-Defizit droht. Der Finanzberater ist im Besitz eines Schreibens des Finanzministers, in dem dieser feststellt, daß er die Absicht habe, neue Investitionen in der Weise zu organisieren, daß ein Teil des Programmes nicht durchgeführt wird, sofern die Einnahmen des Staates sich erheblich verringern. Der Finanzminister hebt gleichzeitig hervor, daß die Regierung die Absicht habe, einen Teil der Aktien der Bank Polski zu verkaufen, um den Fonds „F.“ bis zu dem Maße zu erweitern, daß den Eisenbahnen eine Anleihe von 50 Millionen Zloty für Ausbau-Zwecke gewährt werden kann.

In dem Abschnitt 3, Einfuhr- und Zahlungsbilanz Polens, untersucht Dewey auf Grund der Berechnungen des staatlichen Instituts für Konjunkturforschung den Zufluß und Abfluß ausländischer Kapitalien nach und aus Polen in den Jahren 1923 bis 1927 einschließlich. Beachtenswert ist der erhebliche Zufluß von Auslandsdarlehen, Warenkrediten usw. im Jahre 1927, der insgesamt etwa 896 Millionen Zloty betragen hat. (Die Stabilisierungsanleihe allein belief sich auf etwa 600 Millionen Zloty, der sonstige Zufluß an ausländischen Kapitalien ist also nicht sehr erheblich gewesen. Die Red.). In den ersten neun Monaten 1928 waren die Auslandskredite der polnischen Banken von 258,2 auf 288,3 Millionen Zloty gestiegen, und die Auslandsanleihen der Städte Warschau und Posen und der Wojewodschaft Schlesien brachten eine Summe von 165 Millionen Zloty ein. Dieser Kapitalzufluß ermöglichte die Deckung des Handelsbilanz-Passivums, das so nur eine Verringerung des Goldvorrates der Bank Polski um 44 Millionen Zloty verursachte. Dewey hebt hervor, daß die polnische Regierung in Erkenntnis der Wichtigkeit dieser Frage im Rahmen der Möglichkeit eine Ausgleichung der Handelsbilanz anstrebt oder doch wenigstens die Verminderung des Passivsaldos auf ein solches Maß, daß es durch die unsichtbaren Positionen der Zahlungsbilanz ausgeglichen wird. Die starken Kriegsvernichtungen aber seien noch immer der Grund für eine bedeutende Maschineneinfuhr, und das dürfte wahrscheinlich auch noch einige Jahre so anhalten. Denn im Jahre 1928 ist beispielsweise der Maschinenimport nach Polen wieder 42 Prozent größer als 1927.

Eine ins Einzelne gehende Untersuchung der Handelsbilanz läßt Dewey zu dem Ergebnis kommen, daß, wenn auch die polnische Einfuhr im Jahre 1928 sehr erheblich war, sie doch ab März im ständigen Sinken begriffen ist. Es sei deshalb die Hoffnung berechtigt, daß bei einer Durchschnittsernte diese Tendenz anhalten wird und das Handelsbilanz-Passivum sich in Grenzen halten würde, die nicht zu sehr die Zahlungsbilanz belasten. (Herr Dewey vergißt anzuführen, daß seit November 1928 das Handelsbilanz-Passivum wieder rapide steigt. Im November betrug es nur 6 Millionen Zloty, im Dezember 29 Millionen und im Januar 78 Millionen Zloty. — Die Red.) Polen kann sich keinerlei andere Ausgaben erlauben, als nur solche für durchaus notwendige Artikel, deshalb müsse auch die Einfuhr der Luxuswaren, wenn sie auch nur 4 Prozent der Gesamteinfuhr ausmache, genau verfolgt und sehr beachtet werden, denn sie ist im Jahre 1928 im Vergleich zum Jahre 1927 um 12 Prozent gewachsen. **Trotz Sparsamkeit ist aber zu erwarten, daß Polen noch eine Reihe von Jahren hindurch ein Land bleiben wird, das Anleihen aufnehmen muß.** Dewey kommt zu dem Schluß, daß das Land sich in seinen Ausgaben von den Grundsätzen der Sparsamkeit leiten lassen müsse und vor allen Dingen diejenigen Industriezweige gefördert werden müßten, die natürliche Entwicklungsbedingungen haben und einen möglichst schnellen und großen Nutzen bringen.

Bei der Charakteristik des kurzfristigen Kredites in dem Teil IV des Berichtes wird festgestellt, daß die Privatbanken im vergangenen Jahre ihre Rolle im Wirtschaftsleben befestigt hätten. Jedoch würde der kurzfristige Kredit in Polen solange unzureichend und kostspielig bleiben, wie ein starker Bedarf nach kurzfristigem Kredit vorhanden ist. Die inländischen Bank- und Spareinlagen wachsen zwar in einem befriedigenden Tempo, aber dieser Fortschritt wird wieder vollständig aufgehoben durch die Entwicklung der Industrie. Gegenwärtig scheint es, als ob **der Vorrat an flüssigem Kapital über die Maßen zu Industrie-Investitionen verwandt würde und eine zu geringe Menge für den Umsatz übrig bliebe.**

In dem fünften und letzten Teil des Finanzberichtes bespricht Dewey wie gewöhnlich die allgemeine Wirtschaftslage des Landes. Hier ist er wieder einmal voll Optimismus (wann war er es nicht. — Die Red.) und hebt hervor, daß in keinem anderen Jahre seit Kriegsende es der polnischen Wirtschaft so gut gegangen wäre, wie im Jahre 1928. (Die Zahl der Konkurse hat sich im Jahre 1928 gegen das Vorjahr um etwa 20 Prozent vergrößert, die Zahl der Wechselproteste erreichte im Dezember 1928 eine Höhe, wie sie seit Bestehen der polnischen Statistik noch nicht verzeichnet wurde. —Die Red.) Die Handels- und Industrieoperationen hielten sich auf einem hohen Niveau und erreichten in einigen Fällen Rekordresultate. (Das kann man lediglich von Staatsunternehmen sagen. — Die Red.) Zum Schluß gibt Dewey eine kurze Charakteristik des Standes der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels, des Geldmarktes, der Preise und Löhne.

*

Deweys Tochter heiratet.

Warschau, 7. März. Am 30. April soll die Trauung der Tochter des amerikanischen Finanzberaters Dewey mit einem Beamten des Bureaus des Finanzberaters, Friedrich Algier, dem Sohn eines amerikanischen Großbankiers und Industriellen, stattfinden. Zu der Hochzeitsfeier sollen zahlreiche amerikanische Bürger hier eintreffen, u. a. der amerikanische Reparationsagent in Berlin, Parker Gilbert.

Ein Jahrfünft deutsch-polnischer Außenhandel.

Die Stellung Deutschlands im polnischen Außenhandel hat 1928 insofern eine bemerkenswerte Veränderung erfahren, als die Bilanz zum ersten Male innerhalb des verflossenen Jahrfünfts einen Ausfuhrüberschuß für Deutschland aufweist, während die vorangegangenen Jahre eine (namentlich 1926 erhebliche) Aktivität für Polen zu verzeichnen hatten. Die polnischen Warenbezüge aus Deutschland, die 1926 im Zusammenhang mit der allgemeinen Importdrosselung auf ihrem Tiefstand angelangt waren, sind im Jahre 1928 gegenüber 1927 um 166,388 Millionen Złoty, bzw. um rund 23 Prozent gewachsen, wogegen die polnischen Lieferungen nach Deutschland sich im gleichen Zeitraum nur um 54,055 Millionen Złoty, bzw. um rund 7 Prozent erhöhten. Deutschlands Import nach Polen hat 1928 wertmäßig mit 903 095 000 Złoty auch die Höhe der vor dem Zollkriege liegenden Zeit (1924: 870 782 000 Złoty) überschritten, doch sind die polnischen Importe nach Deutschland noch nicht auf dem wertmäßigen Vor-Zollkriegsniveau angelangt (1928: 858 761 000 Złoty, 1924: 922 135 000 Złoty). Obwohl freilich die Prozentanteile inzwischen noch nicht wieder erreicht wurden, zeigen doch diese Zahlen deutlich, in welchem Umfange sich die deutschen Waren auf dem polnischen Markte zu behaupten wußten bzw. daß Polen das deutsche Absatzgebiet nicht entbehren kann.

Die folgenden (auf der amtlichen polnischen Statistik beruhenden) Tabellen über die Richtung des polnischen Außenhandels bringen in Spalte 1 und 2 den Wert der Einfuhr bzw. Ausfuhr in den Jahren 1928 und 1927, in den Spalten 3—7 die prozentuale Verteilung in den Jahren 1928—1924. Hinsichtlich Deutschlands sei noch ergänzend bemerkt, daß es 1926 an der Gesamteinfuhr Polens von 1 538 909 000 Złoty mit 366 084 000 Złoty beteiligt war, 1925 an 2 756 855 000 Złoty mit 868 484 000 Zł., 1924 an 2 542 810 000 Złoty mit 870 782 000 Złoty; 1926 an der Gesamtausfuhr Polens von 2 246 309 000 Złoty mit 572 450 000 Złoty, 1925 an 2 187 963 000 Złoty mit 937 123 000 Złoty, 1924 an 2 177 282 000 Złoty mit 922 135 000 Złoty. — Ein Vergleich der Monatsdaten des Jahres 1928 läßt übrigens erkennen, daß der höchste Einfuhrwert aus Deutschland mit 100.677 Millionen Złoty im März festzustellen ist, in dessen erster Hälfte der Import vor dem Inkrafttreten der bekannten polnischen Zollerhöhung besonders forciert wurde. Interessant ist auch die Tatsache, daß den größten Ausfuhrwert nach Deutschland (95,835 Millionen Złoty) im Laufe des Jahres 1928 der November aufzuweisen hat, der mit nur 6 Millionen Złoty Passivum den besten Monatsabschluß des polnischen Außenhandels im vorigen Jahre darstellte.

Einfuhr

	1928	1927	1928	1927	1926	1925	1924
	in Millionen Złoty		prozentualer Anteil an der Gesamteinfuhr				
aus:							
Deutschland	903,0	736,7	26,9	25,5	23,6	31,0	34,8
Nordam. Union	466,6	372,8	13,9	12,9	17,4	13,7	12,4
England	313,4	270,8	9,3	9,4	10,4	7,9	7,5
Frankreich	249,1	216,2	7,4	7,5	7,4	5,9	4,9
Österreich	220,9	188,8	6,6	6,5	6,8	9,6	11,0
Tschechoslowakei	213,4	167,3	6,3	5,8	5,0	5,5	5,8
Niederlande	139,3	121,9	4,1	4,2	4,5	2,1	1,7
Brit. Indien	109,2	78,0	3,2	2,7	3,1	2,2	—
Schweiz	89,3	60,8	2,7	2,1	2,2	1,5	1,6
Italien	83,0	83,9	2,5	2,9	4,7	4,1	5,0
Schweden	69,8	58,0	2,1	2,0	1,2	0,8	0,8
Belgien	66,5	46,2	2,0	1,6	1,5	1,5	2,0
Dänemark	53,2	52,1	1,6	1,8	1,6	2,4	1,0
Ungarn	44,1	46,4	1,3	1,6	1,0	2,4	1,0
Rußland	39,1	100,0	1,2	3,5	0,9	0,6	0,3
Rumänien	38,3	70,7	1,1	2,4	0,9	1,5	1,4
Lettland	17,9	21,1	0,5	0,7	0,4	1,2	0,5
andere Länder	245,3	199,3	7,3	6,9	7,4	6,9	8,8
	3362,1	2891,9	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Ausfuhr

	1928	1927	1928	1927	1926	1925	1924
	in Millionen Złoty		prozentualer Anteil an der Gesamtausfuhr				
nach:							
Deutschland	858,7	804,7	34,3	32,0	25,3	41,3	42,4
Österreich	311,3	276,3	12,4	11,0	10,3	12,4	10,1
Tschechoslowakei	295,5	252,8	11,8	10,1	8,8	11,0	7,9
England	22t,6	306,4	9,0	12,2	17,1	7,9	10,5
Schweden	109,7	146,2	4,4	5,8	5,7	1,0	1,0
Niederlande	78,0	85,0	3,1	3,4	3,2	2,6	3,1
Dänemark	7?,4	74,2	3,0	2,9	4,0	1,7	1,6
Lettland	59,7	41,8	2,4	1,7	2,5	2,4	2,1
Belgien	57,3	61,3	2,3	2,4	2,5	2,1	1,7
Rumänien	54,3	82,4	2,2	3,3	3,2	4,9	6,2
Italien	48,6	52,7	1,9	2,1	2,0	0,7	0,5
Ungarn	48,3	53,9	1,7	2,1	1,8	2,1	1,9
Frankreich	43,0	42,9	1,7	1,7	3,6	1,7	4,2
Rußland	38,5	44,9	1,5	1,8	1,9	2,8	0,9
Nordam. Union	19,0	19,1	0,8	0,8	0,7	0,7	0,6
Schweiz	17,2	19,1	0,7	0,8	1,0	0,6	0,4
Brit. Indien	1,8	13,7	0,1	0,5	0,2	—	—
And. Länder	168,1	136,4	6,7	5,4	6,2	4,1	4,9
	2507,9	2514,7	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Was die sonst am polnischen Außenhandel beteiligten Länder anlangt, so fällt bei einer Gegenüberstellung der Jahre 1924 und 1928 die Erhöhung des Imports aus der Nordamerikanischen Union, aus England (Britisch-Indien), Frankreich, den Niederlanden, der Schweiz und Schweden ins Auge, obwohl bei den beiden erstgenannten neuerdings wieder ein Rückgang eingetreten ist. Der Verkehr mit den Nachbarstaaten hat sich ungleichmäßig entwickelt. Während Österreich starke Einbußen erlitten hat, vermochte die Tschechoslowakei ihren Anteil zwar wenig, aber doch immerhin zu vergrößern. Rußland führte mehr als 1924, aber weniger als 1927 nach Polen ein. Absteigende Kurve zeigt auch der Import aus Italien. — Im Export Polens ist Österreich wieder an die zweite Stelle gerückt, das in den letzten 5 Jahren in steigendem Maße polnische Waren aufnahm, ohne (siehe oben) seine Bezüge durch Lieferungen kompensieren zu können. Auch die polnische Ausfuhr nach der Tschechoslowakei hat sich günstig entwickelt, während die Bedeutung Englands als Käufer polnischer Erzeugnisse allmählich wieder zurückgeht. Das letztere gilt auch für Schweden, dessen Anteil an der polnischen Ausfuhr (Kohle!) gegenüber 1924 aber trotzdem mehr als das Vierfache beträgt. Mit der Gewinnung als Kohlenabnehmer im Zusammenhang steht auch die im Vergleich zu 1924 verstärkte Beteiligung Dänemarks, die 1926, im Jahre der Hochkonjunktur des polnischen Kohlenexports, ihr Maximum erreichte. Ein gewisses Gleichmaß haben sich die Lieferungen nach den Niederlanden und nach Lettland bewahrt. Nach Belgien ist sogar eine Steigerung eingetreten. Dagegen hat Polen sehr empfindliche Verluste auf dem rumänischen Markt zu beklagen, der 1924 mit in vorderster Reihe stand. Auch der Export nach Frankreich ist stark zurückgegangen, obwohl die Einfuhr von dort die umgekehrte Entwicklung zeigt. Daß die Ausfuhr nach Rußland seit dem Weltkriege nur noch eine geringe Rolle spielt, ist eine bekannte Tatsache.

Auf einen Mangel der polnischen Statistik (der allerdings durch später erfolgende Veröffentlichungen wieder wettgemacht wird) möchten wir bei dieser Gelegenheit noch einmal verweisen. Hinter dem Posten „andere Länder" verbergen sich nämlich nicht uninteressante Zahlen. So schließt die obige Einfuhrtabelle mit einem Wert von 17 936 000 Złoty für Lettland ab, während z. B. aus Norwegen bereits in den ersten 10 Monaten 1928 (die Jahresdaten sind nicht vor 4—6 Wochen zu erwarten) Waren im Werte von 15 166 000 Złoty kamen (bei einer Ausfuhr dahin im Werte von 19 834 000 Złoty). Merkwürdigerweise ist auch der Verkehr mit Übersee (ausgenommen Nordamerika), der sich zwar passiv für Polen gestaltet, nicht getrennt angegeben. So wurden aus Argentinien in dem genannten Zeitraum Waren im Werte von 40 861 000 Złoty eingeführt, aus Chile im Werte von 37 671 000 Złoty, aus Brasilien im Werte von 19 532 000 Złoty, aus Australien im Werte von 19 929 000 Złoty aus Ägypten im Werte von 12 59? 000 Złoty. Jugoslawien erscheint ebenfalls in der Sammelrubrik „andere Länder", obgleich Polens Export dahin in den Monaten Januar/Oktober 1928 bereits 23 795 000 Złoty betrug (Import 10 130 000 Złoty). Stark aktiv für Polen ist ferner die Bilanz mit Litauen, das polnische Waren im Werte von 20 190 000 Złoty aufnahm, dagegen solche im Werte von nur 410 000 Złoty lieferte. Exporterfolge sind außerdem im Verkehr mit dem Fernen Osten (China, Japan, Korea) erzielt worden, der mit 17 872 000 Złoty in der Ausfuhr und mit nur 3 433 000 Złoty in der Einfuhr Polens figurierte.

Holzkredite.

Die Frage der Schaffung eines neuen Typs von Krediten gegen Verpfändung von Holz ist in letzter Zeit in ein entscheidendes Stadium getreten. Die Generaldirektion der Staatlichen Landeswirtschaftsbank hat, wie der „Kurjer Polski" berichtet, bereits die Detailinstruktionen für die Filialen bestätigt, so daß die Erteilung jener Kredite, die seitens dieser Institution eingeführt werden, unter folgenden Modalitäten verwirklicht werden soll:

a) Die Staatliche Landeswirtschaftsbank erteilt Anleihen an im Handelsregister registrierte Holzindustrieunternehmungen sowie an Landwirte gegen Verpfändung gefällten Holzes (Rund- oder Schnittholz) in Ausmaßen und Gattungen, die sich leicht zum Absatz auf dem Markte zwecks weiterer Holzverarbeitung eignen,

b) die Anleihen werden terminiert für drei Monate mit eventueller Verlängerung in einer Maximalhöhe von 50 Prozent des Holzwertes erteilt, der auf Grund einer durch einen Sachverständigen der Bank durchgeführten Schätzung festgesetzt wird, bei zweiprozentiger Verzinsung über der Diskontrate der Bank Polski, d. h. also mit zehn Prozent.

c) die Versicherung in Form der Holzverpfändung erfolgt durch die Überführung des mit der Verpfändung gekennzeichneten Holzes auf den Lagerplatz der Bank und Übergabe des Holzes in den Besitz des Instituts, und ferner durch Anerkennung des Pfandaktes (auf kongreßpolnischem Gebiet in Form eines Privataktes, auf den ehemals österreichischen, preußischen Gebietsteilen und den östlichen Gebieten in Form eines Notariatsaktes).

d) zwecks zusätzlicher Kreditversicherung muß der Schuldner einen Kautionswechsel mit einer entsprechenden Deklaration beilegen,

e) das verpfändete Holz muß gegen Feuer auf eine entsprechende Quote von 100 Prozent des Schätzungswertes des verpfändeten Holzes versichert werden und die Assekuranzpolize muß mit der Zession der eventuellen Entschädigung zugunsten der Bank versehen werden.

Da die Immobilisierung einer größeren Partie des verpfändeten Holzes durch längere Zeit den normalen Arbeitsverlauf in Industriebetrieben hemmen und damit dem Schuldner in jenem Falle Verluste bringen könnte, indem das verpfändete Holz in entsprechender Zeit nicht verschnitten wird, z. B. Fichte, werden zwei Prinzipien eingeführt, die den Grad der Flüssigkeit des Pfandes erhöhen und die Kreditverpfändung zwecks Veredelung der gleichfalls verpfändeten Ware zum Ziele haben, und zwar a) einzelne von der Verpfändung erfaßte Partien können seitens der Bank von der Verpfändung befreit werden unter der Bedingung, daß als Pfand neue gleichwertige Holzpartien gegeben werden, b) einzelne Partien des zugunsten der Bank verpfändeten Holzes in Längen oder Brettern, die in keinem Falle den vierten Teil des Wertes des verpfändeten Holzes überschreiten, können seitens der Bank nach und nach befreit werden zwecks einer weiteren Veredelung, unter der Bedingung jedoch, daß im Laufe von spätestens vier Wochen vom Tage der Pfandbefreiung neue Pfänder zugunsten der Bank gestellt werden in Höhe des entsprechenden Schätzungswertes. Sollte die Stellung des Pfandes vom Schuldner oder seitens der dritten Person nicht zeitgerecht erfolgen, so steht der Bank das Recht zu, den Kredit zu kündigen, welcher sofort fällig wird.

Nach den vorliegenden Informationen hat die Polnische Handelsbank in Posen sich bereit erklärt, bei sich in der Zentrale sowie in den Filialen eine Kredithilfe für die Holzindustrie in Form einer Diskontierung von Wechseln zu errichten, die mit einem Giro von Holzorganisationen versehen sind. Das Giro der zum Diskont überreichten Wechsel seitens der entsprechenden Holzverbände hat die Bedeutung, daß die sich um Kredit bewerbenden Firmen tatsächlich vertrauenswürdig sind. In gewissen Fällen wird gleichfalls eine zusätzliche Versicherung in Form der Holzverpfändung vorgesehen.

Es erscheint bemerkenswert, daß auf dem Gebiete ihrer Kreditaktion der Polnischen Handelsbank seitens der Staatlichen Landeswirtschaftsbank eine Zusammenarbeit zugesichert wurde, indem letztere ihre Bereitwilligkeit erklärt hat, die seitens der Handelsbank eingereichten Wechsel, die aus Holztransaktionen resultieren, zu rediskontieren. Zwecks Verteilung der Kredite unter die Organisationen und zwecks Erteilung derselben an die einzelnen Firmen werden Diskontkomitees entstehen: ein Zentralkomitee bei dem Hauptrat der Holzverbände und ein Regionalkomitee bei den Filialen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Lage in der Mühlenindustrie. Das Roggenangebot war im Laufe des März im allgemeinen gering, hauptsächlich der Verkehrsschwierigkeiten wegen. Dadurch wurde eine Preissteigerung für Roggen franko Mühle von 32,50 auf 34,50 hervorgerufen. Gegen Ende des vergangenen Monats ging der Preis infolge des stärkeren Angebots wieder etwas herunter. Der Mehlabsatz verbesserte sich etwas, da die Wassermühlen des Frostes wegen die Produktion zum größten Teil einstellen mußten. Das Weizenangebot war normal, die Preise stiegen aber von 44,50 auf 46 Zł., und zwar infolge stärkerer Nachfrage. Gegen Ende des Monats stieg auch hier das Angebot und der Preis ging auf 45 Złoty herunter. Der Kleieabsatz war sehr stockend, trotzdem sich die Preise auf 26 Złoty hielten. Es muß hervorgehoben werden, daß die Kontrolle über die Ausführung der Normierungsvorschriften bei Roggen- und Weizenmehl ungenügend ist, da hellere Mehlarten weiterhin überall angeboten werden. Der von den maßgebenden Regierungsstellen beschlossene Kredit für die Mühlenindustrie wurde noch nicht realisiert, der Kapitalmangel hält daher weiterhin an.

Zollermäßigung für künstlichen Dünger. Die von uns bereits angekündigte Zollermäßigung für Kalksalpeter mit Stickstoffammon-Beimischung wird im „Dziennik Ustaw" Nr. 11 vom 27. Februar d. J. verordnet. In Zukunft kann demnach Kalksalpeter, der zwischen 5 und 8 Prozent Stickstoffammon enthält, mit Erlaubnis des Finanzministeriums vom Zoll befreit werden. Die Verordnung hat Gültigkeit bis auf Widerruf.

Vom Danziger Holzmarkt. Wenn auch in der letzten Zeit, wie stets im Winter, die Nachfrage aus England sich in Danzig etwas lebhafter bemerkbar machte, so bedeutet das doch noch keine wesentliche Besserung der Gesamtlage, da der Umsatz der Danziger Exporteure sogar noch zurückgegangen ist. Zum Teil beruht das auf den ungünstigen Witterungsverhältnissen, zum Teil aber auch auf der nach wie vor bestehenden Verschiedenheit der Preise in Polen und England. Da die Preisforderungen der polnischen Sägewerke ebenso wie die Rundholzpreise in den Forsten nicht wesentlich nachgelassen haben, können die Danziger Exporteure noch wie vor nicht viel einkaufen. Die Zufuhr von neuer Ware nach Danzig ist dauernd zurückgegangen. Sie betrug im Januar nur etwa 60 Waggons täglich, im Februar kaum 50, während es im Dezember noch etwa 100 Waggons täglich gewesen sind. Daß die seewärtige Einfuhr ganz unbedeutend war, liegt an der Schiffahrtssperre. Eine ganze Reihe von Danziger Holzfirmen ist infolge der stillen Geschäftslage und wenig günstigen Aussichten in den letzten Monaten in Liquidation getreten. Andere Firmen behalten zwar ihren Sitz in Danzig, haben sich aber auf das deutsche Geschäft umgestellt, indem sie Rundholz in Polen selbst verarbeiten und auf dem Landwege nach Deutschland verkaufen. Allerdings ist das deutsche Geschäft ebenfalls nur schwach. Aus England sind zahlreiche Nachfragen am Markt, die denjenigen Firmen, die noch größere Vorräte haben, immerhin manchen Abschluß ermöglichen. Die Nachfrage ist erheblich größer als die vorhandenen Vorräte. Von der englischen Westküste wird für sägefallendes Bauholz ein cif-Preis von 18½ £ geboten. Für unsortiertes Weißholz beträgt der Preis cif Westküste 15 £. Kleinere Abschlüsse in Rotholz für zwei- und dreizöllige Ware, die in größerer Zahl zustande kamen, erfolgten zu 14½ £ cif London. Die verschiedenen Nachfragen nach Weißholz-Spezifikationen konnten nur zum Teil befriedigt werden. Infolgedessen besteht die Möglichkeit, daß die englischen Käufer im Preis etwas zulegen und dadurch das Geschäft in nächster Zeit etwas lebhafter wird. In letzter Zeit haben auch Danziger Exporteure einzelne Dimensionen in Polen stärker gekauft, so daß der März eine kleine Belebung der Zufuhr bringen dürfte. Es besteht also eine ziemlich lebhafte Marktlage bei geringem Umfange des Geschäfts.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 8. März auf 5,9244 Złoty festgesetzt.

Der Złoty am 7. März. Danzig: Ueberweisung 57,75 bis 57,89, bar 57,78—57,92, Berlin: Ueberweisung Warschau 47,175—47,375, Kattowitz 47,15—47,35, Posen 47,15—47,35, bar gr. 47,025 47,425, kl. 47,975—47,375, Zürich: Ueberweisung 58,35, London: Ueberweisung 43,28, Newyork: Ueberweisung 11,25, Budapest: bar 64,10—64,40, Prag: Ueberweisung 378,25, Mailand: Ueberweisung 214,75, Wien: Ueberweisung 79,625 bis 79,905.

Warschauer Börse vom 7. März. Umsätze. Verkauf — Kauf. Belgien 123,78, 124,09 — 123,47, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Helsingfors —, Spanien —, Holland 357,25, 358,15 — 356,35, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 43,27½, 43,38 —43,16½, Newyork 8,90, 8,92 — 8,88, Oslo —, Paris 34,83⅜, 34,92 — 34,75, Prag —, Riga —, Schweiz 171,52, 171,94 — 171,08, Stockholm —, Wien 125,30, 125,61 — 124,99, Italien 46,70, 46,82 — 46,58.

Amtliche Devisen-Notierungen der Danziger Börse vom 7. März. In Danziger Gulden wurden notiert: Devisen: London 25,01 Gd., —,— Br., Newyork —,— Gd., —,— Br., Berlin —,— Gd., —,— Br., Warschau 57,75 Gd., 57,89 Br. Noten: London —,— Gd., —,— Br., Berlin 122,117 Gd., 12?,483 Br., Newyork —,— Gd., —,— Br., Zürich —,— Gd., —,— Br., Warschau 57,78 Gd., 57,92 Br.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 7. März Geld	In Reichsmark 7. März Brief	In Reichsmark 6. März Geld	In Reichsmark 6. März Brief
	Buenos-Aires 1 Pes.	1.770	1.774	1.770	1.774
—	Kanada . . 1 Dollar	4.186	4.194	4.188	4.196
5.48%	Japan . . . . 1 Yen.	1.377	1.881	1.868	1.872
—	Kairo . . . 1 äg. Pfd.	—.—	—.—	20.957	20.997
—	Konstantin 1 trk. Pfd.	—.—	—.—	2.072	2.076
4,5%	London 1 Pfd. Sterl.	20.431	20.471	20.43	20.47
5%	Newyork . . 1 Dollar	4.2110	4.2190	4.2110	4.2190
—	Rio de Janeiro 1 Milr.	0.500	0.502	0.500	0.502
—	Uruguay 1 Goldpes.	4.295	4.304	4.296	4.304
4.5%	Amsterdam . 100 Fl.	168.67	169.01	169.67	168.01
10%	Athen	—.—	—.—	5.448	5.455
4%	Brüssel-Ant. 100 Frc.	58.43	58.55	58.42	58.54
6%	Danzig . . 100 Guld.	—.—	—.—	81.65	81.81
7%	Helsingfors 100 fi. M.	10.592	10.612	10.592	10.612
6%	Italien . . . 100 Lira	22.05	22.09	22.045	22.085
7%	Jugoslavien 100 Din.	7.392	7.406	7.390	7.404
5%	Kopenhagen 100 Kr.	112.23	112.45	112.23	112.45
8%	Lissabon . 100 Esc.	18.63	18.67	18.61	18.65
5,5%	Oslo-Christ. 100 Kr.	112.27	112.49	112.26	112.48
3,5%	Paris . . . . 100 Frc.	16.435	16.475	16.445	16.485
5%	Prag . . . . . 100 Kr.	12.464	12.484	12.468	12.488
3,5%	Schweiz . . 100 Frc.	80.98	81.14	80.975	81.135
10%	Sofia . . . 100 Leva	3.037	3.043	3.037	3.043
5,5%	Spanien . . 100 Pes.	62.14	62.26	63.71	63.83
4%	Stockholm . 100 Kr.	112.44	112.66	112.45	112.67
6,5%	Wien . . . . . 100 Kr.	—.—	—.—	59.155	59.275
7%	Budapest . . . Pengö	—.—	—.—	73.375	73.515
8%	Warschau . . 100 Zl.	47.15	47.35	47.175	47.375

Züricher Börse vom 7. März. (Amtlich.) Warschau 58,35, Newyork 5,20, London 25,23, Paris 20,31, Wien 73,07½, Prag 15,40, Italien 27,22, Belgien 72,19, Budapest 90,66, Helsingfors 13,10, Sofia 3,75½, Holland 208,30, Oslo 138,67½, Kopenhagen 138,65, Stockholm 138,90, Spanien 76,50, Buenos Aires 2,18¾, Tokio 2,30¼, Rio de Janeiro —, Bukarest 3,09, Athen 6,73½, Berlin 123,37, Belgrad 9,12¾, Konstantinopel 2,55½, Got. codz. — %. Priv.-Disk. 5 %. Tägl. Geld — %.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,85 Zł., do. kl. Scheine 8,84 Zł., 1 Pfd. Sterling 43,10 Zł., 100 Schweizer Franken 170,82 Zł., 100 franz. Franken 34,70 Zł., 100 deutsche Mark 210,72 Zł., 100 Danziger Gulden 172,34 Zł., tschech. Krone 26,29 Zł., österr. Schilling 124,80 Zł.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 7. März. Festverzinsliche Werte: Notierungen in Prozent: 5proz. Konvertierungsanleihe (100 Złoty) 65,50 G. 8proz. Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 D.) 93,00 +. 4proz. Konvertierungspfandbriefe der Posener Landschaft (100 Zł.) 49,50 G. Tendenz behauptet. — Industrieaktien: Bank Zw. Sp. Zar. 85,00 B. Tri 170,00 B. Tendenz behauptet. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Getreide, Mehl und Futtermittel. Warschau, 7. März. Abschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kg. franko Station Warschau; Marktpreise: Roggen 35,75—36, Weizen 49 bis 49,75, Braugerste 34,75—35,25, Grützgerste 33—34, Einheitshafer 34,50—34,75, Viktoriaerbsen 68—80, Felderbsen 42—50, Rotklee 160 bis 190, Weißklee 240—290, Serradella 58,50—60,50, blaue Lupinen 23,50—25,50, Raps 87—89, Weizenmehl 65proz. 72—76. Roggenmehl 70proz. 49—50, Roggenkleie 25—26, mittlere Weizenkleie 30—31, grobe 32—33, Leinkuchen 49,50—50,50, Rapskuchen 39,50—40. Umsätze mittel, Tendenz fester.

Getreide und Futtermittel. Kattowitz, 7. März. Weizen für Inland 35,50—33,50, Roggen für Inland 36—38, Weizen für Export 45—46, Rogegn für Export 40,50—41,50, Hafer für Inland 36—37, für Export 40,50—41,50, Gerste für Inland 39—40, für Export 40—41; Preise franko Station des Abnehmers: Leinkuchen 53—54, Sonnenblumenkuchen 51—53, Weizenkleie 29—30, Roggenkleie 28—29, loses Stroh 9,50—10,50, loses Heu 28—29. Tendenz ruhig.

Berliner Produktenbericht vom 7. März. Getreide und Oelsaat für 1000 Kg., sonst für 100 Kg. in Goldmark. Weizen märk. 220—223, März —,—, Mai —,—, Juli —,—. Roggen märk. 203—206, März —, Mai —,—, Juli —,—. Braugerste 218—230. Futter u. Industriegerste 192 bis 202. Hafer märk. 199—205, März —,—, Mai —,—, Juli —,—. Mais waggonfrei ab Hamburg 249 bis 250.

Für 100 Kg.: Weizenmehl 26,50—30,00, Roggenmehl 27,10—29,40, Weizenkleie 15,50—15,75. Weizenkleiemelasse 15,10—15,20. Roggenkleie 14,65—14,75. Viktoriaerbsen 43—49. Kleine Speiseerbsen 27—33. Futtererbsen 21,00—23,00. Peluschken 25,00—26,50. Ackerbohnen 21 bis 23. Wicken 28—30,00. Lupinen, blaue 16,50 bis —. Lupinen, gelbe 23,00—25,00. Serradella, neue 48—54. Rapskuchen 20,40—20,60. Leinkuchen 25,40—25,60. Trockenschnitzel 14,60—14,90. Soyaschrot 23,30 bis 23,50. Kartoffelflocken 21,00—21,30, weiße Speisekartoffeln 4,00 bis 4,25, rote 4,00—4,25, gelbe 4,50—5,00.

Materialienmarkt.

Metalle. Warschau, 7. März. Es werden folgende Preise je Kg. in Złoty notiert: Banka-Zinn in Blöcken 11,50, Hüttenblei 1,15, Hüttenzink 1,40, Antimon 2,25, Aluminium 4,40, Zinkblech (Grundpreis) 1,68, Kupferblech 4,80, Messingblech 3,80—4,80.

Berliner Metallbörse vom 7. März. Preis für 100 Kilogr. in Gold-Mark. Elektrolytkupfer (wirebars), prompt cif. Hamburg, Bremen oder Rotterdam 185,25. Remalted-Plattenzink von handelsüblicher Beschaffenheit —,—. Originalhüttenaluminium (98/99%) in Blöcken, Walz- oder Drahtbarren 190, do. in Walz- oder Drahtbarren (99%) 194, Reinnickel (98—99%) 350. Antimon-Regulus 79—84, Feinsilber für 1 Kilogr. fein 77,25—79,30.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 8. März.

Krakau + —, Zawichost + 0,90, Warschau + 1,09, Plock + 0,68, Thorn + 1,12, Fordon + 0,50, Culm + 1,13, Graudenz + 1,11, Kurzebrak + 0,32, Pickel + 0,30, Dirschau + 0,58, Einlage + 1,78, Schiewenhorst + 2,00.

Coolidge als Privatmann.

Zukunftsmöglichkeiten eines Expräsidenten.

Washington und mit ihm ganz Amerika hatte seinen großen Tag. Im „Weißen Hause“ schaltet und waltet von nun ab ein neuer Herr, Herbert Hoover, und Coolidge, gestern noch allmächtiger Präsident, ist heute nur mehr ein schlichter Privatmann. Was nun dieser Expräsident-Privatmann in Zukunft beginnen wird, beschäftigt schon seit Wochen die amerikanische Öffentlichkeit.

Allerlei Gerüchte schwirren umher. Mit geheimnisvoller Miene raunen sich die Menschen verschiedene, ganz authentisch verbürgte Nachrichten zu. Das Morgan-Bankhaus wird für ihn sorgen, wollen die besonders Eingeweihten wissen. Weit gefehlt, erklären wieder andere. Coolidge wird Präsident der Anherst-Universität.

Ein gewaltiger Irrtum, hört man wieder in anderen Kreisen. Coolidge der Privatmann wird in die Fußtapfen Roosevelts treten, Artikel schreiben und mit dieser seiner Tätigkeit ungeheure Summen verdienen. Diese Nachricht hat auch eine gewisse Wahrscheinlichkeit für sich, zumal eine Tageszeitung in Detroit ihm das Angebot machte, mit einem Jahreseinkommen von 75 000 Dollar die Stelle des Chefredakteurs zu übernehmen. Ausgeschlossen, daß Coolidge das annehmen werde, behaupten die noch besser Orientierten, er wird ja Präsident des Stahltrustes und dies ist noch immer besser, als Chefredakteur zu sein.

Und während sich ganz Amerika Coolidges Kopf zerbricht, hüllt sich der an und für sich schweigsame Expräsident in noch tieferes Schweigen. Selbst die findigsten Reporter konnten diesmal nichts erreichen und mußten mit leerer Hand abziehen. Die amerikanischen Zeitungsleser sind aber in dieser Beziehung äußerst anspruchsvoll. Sie verlangen ihr Recht, und ihr Recht ist, zu erfahren, welche Pläne Coolidge als Privatmann hegt.

Um dies herauszubekommen, um dem Publikum die verlangte Sensation liefern zu können, fuhr ein besonders pfiffiger Zeitungsmann in die Vaterstadt Coolidges, nach Nordhampton im Staate Massachusett, und die große Sensation war geschaffen. Also, man höre nur. Aus dem Weißen Hause wurden nicht weniger als vierzig Koffer nach Nordhampton transportiert. Coolidge wird also unbedingt in diese idyllische Stadt ziehen und in dem in der Massasoit-Street gelegenen Häuschen ein zurückgezogenes Leben führen.

Bevor Coolidge Vizepräsident wurde, unterhielt er in diesem Städtchen eine Rechtsanwaltskanzlei. Diese übergab er dann seinem Kompagnon, Mr. Ralph Hemenway. Dieser erklärte dem Journalisten: „Was Coolidge beginnen wird, weiß ich nicht. Eins steht aber fest: Er wird etwas ganz Überraschendes machen. Dies war ja schon immer seine Art . . .“

Nun wußte der Journalist ja viel, aber immer noch nicht genügend. Er ging daher die Mutter von „Cal“ interviewen. Die alte Frau beklagte sich bitter: „Ich kann nicht einmal ruhig an meinem Fenster stehen. Die Leute sehen mich, zeigen mit dem Finger herein und flüstern: Das ist die Mutter Coolidges. Und dies ist nur natürlich. Am Ende der Straße steht nämlich eine Tafel, die darauf hinweist, daß hier mein Sohn, der Präsident, geboren wurde. Kehrt er also hierher zurück, so wird ihm die Neugierde der Kleinstädter ebenso wie mir wahrscheinlich lästig fallen. Er soll aber nur zurückkehren,“ schloß die alte Frau das hochinteressante Gespräch. Coolidge wird also wieder Kleinstadtbewohner, dies ist die neueste Sensation, die die amerikanische Presse ihrem Publikum auftischt.

N. B.

Rundschau des Staatsbürgers.

Handwerksmeister mit nur einem Arbeiter brauchen kein Gewerbepatent.

Wie das Warschauer „A. B. C.“ meldet, hat das Oberste Gericht in Sachen der Gewerbescheine eine für das Handwerk wichtige Entscheidung gefällt. Ein Warschauer Finanzamt hatte einen Handwerker, der außer dem Eigentümer noch einen Arbeiter in seinem Betriebe beschäftigte, in Strafe genommen, weil er kein Gewerbepatent gelöst hatte. Der Bestrafte appellierte gegen diese Entscheidung, trieb den Prozeß durch alle Instanzen und erreichte schließlich ein freisprechendes Erkenntnis. Das Oberste Gericht erkannte nach gründlicher Prüfung zahlreicher Vorschriften und Gesetze aus den Jahren 1923 und 1925 im Gegensatz zu den Erläuterungen und Rundschreiben seitens der Finanzämter, daß der Handwerksmeister, der außer sich nur noch einen Arbeiter in seinem Betriebe beschäftigte, zur Zahlung der Gewerbesteuer und der Lösung eines Gewerbepatentes nicht verpflichtet sei.

Soweit das Warschauer Blatt. Wir selbst haben aus dem Tarif des Gewerbesteuergesetzes niemals etwas anderes herausgelesen, als das, was das Oberste Gericht jetzt entschieden hat, und haben auch Anfragen in diesem Sinne beschieden. Im Abschnitt XIX des Teils C der Anlage zum Gewerbesteuergesetz ist als letzte gewerbliche Kategorie, die ein Gewerbepatent zu lösen hat, die achte aufgeführt. Und darin heißt es, daß in dieser Kategorie diejenigen ein Gewerbepatent zu lösen haben, „die sowohl bei der Handwerksfabrikation wie auch bei der Verwendung mechanischer Hilfsmittel mehr als 1 bis zu 4 Arbeitern beschäftigen.“ Einzelne Steuerämter haben aus dieser Fassung herausgelesen, daß als Arbeiter auch der Eigentümer gelte, und haben den Gewerbetreibenden, wenn er daneben noch einen Arbeiter beschäftigte. zur Lösung eines Patents veranlaßt und ihn, wenn er es nicht tat, bestraft Es ist erfreulich, daß jetzt durch die Entscheidung des Obersten Gerichts für Tausende von Handwerksmeistern klare Verhältnisse geschaffen werden.

Die Steuern im März.

Im März sind folgende Steuern zu zahlen:

1. Bis zum 15. März die erste Rate der Bodensteuer für 1929.

2. Bis zum 15. März die Gewerbesteuer von dem Umsatz, der im Februar d. J. erzielt wurde, von Handelsunternehmen der 1. und 2. Kategorie und Industrieunternehmen der 1. bis 4. Kategorie, die Handelsbücher führen, und von zur Berichterstattung verpflichteten Unternehmen.

3. Die Einkommensteuer von den Dienstgehältern, Emerituren und Entschädigungen für Lohnarbeit im Laufe von 7 Tagen, von dem Tage an gerechnet, wo die Steuer abgezogen wurde.

Ferner ist die rückständige Vermögenssteuer und Steuern, für die die Zahler eine Aufforderung erhielten, zu zahlen. Ebenso ist es mit Steuern, die zurückgestellt oder in Raten zerlegt worden sind und Zahlungstermine für den Monat März haben.

Staatliches Biermonopol?

Warschau, 7. März. Unter Berufung auf eine Mitteilung der Industrie- und Handelskammer in Posen stellen polnische Blätter fest, daß seit einiger Zeit Gerüchte von der beabsichtigten Einführung eines staatlichen Biermonopols im Umlauf seien.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

M. Z. 40. Wenn Ihr Mann testamentarisch nicht anders bestimmt, würden Sie die Hälfte des Nachlasses erben und die Geschwister des Mannes sowie Ihre beiden Kinder aus erster Ehe die andere Hälfte. Ihre beiden Kinder aus erster Ehe erben zusammen so viel wie jedes der Geschwister Ihres Mannes einzeln.

K. B., Thorn. Die Frage, ob Wohnungswucher vorliegt, können wir nicht entscheiden. da wir nicht wissen, was die Wohnung im Juni 1914 gekostet hat. Die s. Z. vereinbarten Renovierungskosten ist der Mieter abzuziehen nicht befugt. Sie können diese einklagen.

H. 10. Die Erbschaftssteuer bei Ehegatten beginnt bei Erbschaftsbeträgen über 10 000 Zloty. Sie beträgt bei einer Erbschaft von über 20 000 Zloty bis 50 000 Zloty 4 Prozent, bei Beträgen von über 50 000 bis 100 000 Zloty 6 Prozent.

„Arnoldsdorf 1000“. Da Sie offenbar nicht persönlicher Schuldner sind, haben Sie, wenn es sich wirklich um Kindergeld handelt, was uns noch zweifelhaft erscheint, an Kapital nur 18¾ Prozent = 252,62 Zloty zu zahlen. Dazu die nicht verjährten rückständigen Zinsen von der aufgewerteten Summe. Da wir den Zinsfuß nicht kennen und nicht wissen, welche Zinsen rückständig sind, können wir Ihnen den Betrag nicht angeben.

L. P. 300. Die Aufwertung beträgt etwa 25 Prozent = 1363,60 Zloty. Einen festen Aufwertungsbetrag sieht das Gesetz in dieser Beziehung nicht vor. Dazu von der umgerechneten Summe die Zinsen zu 5 Prozent für die letzten 4 Jahre = 272,72 Zloty.

J. Kawki. 1. Die 15 000 Mark hatten einen Wert von 4545,40 Zloty. 2. In Frage kommt nur das polnische Recht. 3. Eine 100prozentige Aufwertung ist theoretisch in jedem Aufwertungsfalle möglich aber eine so hohe Aufwertung ist im vorliegenden Falle im höchsten Grade unwahrscheinlich. Aus der Anfrage ist nicht ersichtlich, ob es sich um eine Hypothek oder um ein Schuldscheindarlehen handelt, was für die Beurteilung des Falls nicht unwichtig ist. Bei Darlehns-Hypotheken ist der normale Aufwertungssatz 15 Prozent, bei Schuldscheindarlehen 10 Prozent. Das Gesetz bestimmt nur, daß die Verwendung des Darlehens zum Ankauf eines Grundstücks einen „wichtigen Grund“ bildet, von dem normalen Aufwertungssatz abzugehen, d. h. ihn zu erhöhen. Wie hoch diese Erhöhung sein soll ist dem Ermessen des Richters überlassen. Uns sind Ansprüche auf Erhöhung in solchen Fällen über 25 Prozent nicht bekannt geworden. Bei 25 Prozent wären 1136,30 Zloty zu zahlen. Dazu die Zinsen von dieser Summe für die letzten 4 resp. 5 Jahre. (Zinsen verjähren in 4 Jahren, die Verjährung beginnt aber erst am Schlusse desj. Jahres, an dem die Zinsen fällig sind.)

Gustav W. Die Auskunft bezog sich nur auf die Gewerbesteuer in Form des Patents Andere Steuern kommen hier nicht in Frage.

E. T. W. 100. 1. Sie haben 10 Prozent = 9 Zloty und 9 Groschen zu zahlen. 2. Eine Trauung kann der Geistliche im ehemals preußischen Teilgebiet nur vornehmen, wenn ihm die Bescheinigung über die erfolgte standesamtliche Trauung vorliegt.

R. S. Wenn die Schenkung an Ihre Tochter in gesetzlichen Formen erfolgt ist, können nach Ihrem Tode Ihrer Tochter irgendwelche Schwierigkeiten aus der Sache nicht erwachsen. Wenn Sie kein Testament machen, ist Ihr Sohn aber Miterbe an Ihrem Nachlaß.

E. B. Morgi. Die Forderung können Sie auf Grund des in Ihren Händen befindlichen Schriftstückes einklagen.

S. M. Das Testament ist auch in deutscher Sprache giltig, wenn Sie es eigenhändig geschrieben und unterschrieben haben, und wenn es Ort und Datum enthält, an dem es errichtet worden ist. Sie können es aufbewahren, wo Sie wollen, können es aber auch bei Gericht deponieren.

Chf. E. K. Koscierzyn Wielki. Eine Auskunft ist nur möglich, wenn wir wissen, in welchem Monat 1919 Sie das Geld verliehen haben, denn gerade im Jahre 1919 fiel die deutsche Mark von Monat zu Monat rapide. Entstand die Forderung im Februar 1919 so hätten Sie Anspruch auf 90 Zloty (10 Prozent), entstand sie im Dezember, so könnten Sie nur 25 70 Zloty fordern.

A. P. L. 5. Die Sparkassen werten nicht nach einem einheitlichen Satz auf sondern nach ihrem Vermögen, Sie können daher Auskunft nur erhalten bei der betreffenden Kasse selbst. Groß wird die Summe nicht sein, die Sie erwarten können, denn die 100 000 Mark hatten nur einen Wert von 40 Zloty; wenn Sie viel erhalten, sind es 10 Prozent = 4 Zloty. Und am 31. 12. 1924 waren die 148 850 Mark kaum 5 Groschen wert.

E. Nr. 8295 1. Eine Verordnung, wonach die Städte 4 Prozent Zuschlag zur Einkommensteuer erheben müßten, ist uns nicht bekannt, und sie existiert vermutlich auch nicht. Das Gesetz vom 15. Juni 1923 („Dz. Ust.“ Nr. 67/23, Pos. 521) bestimmt im Art. 13 nur, daß unter näher bezeichneten Einkommensverhältnissen die Kommunalzuschläge 4 Prozent resp. 4½ Prozent resp. 5 Prozent „nicht überschreiten dürfen“. Und im Art. 9 des Gesetzes vom 11 August 1923 über die vorläufige Regelung der städtischen Finanzen wird diese Bestimmung bestätigt. Also von einem Zwang zur Erhebung dieser Zuschläge ist nicht die Rede. Aber gleichwohl wird Ihnen nichts übrig bleiben, als die Steuer zu bezahlen, denn nach Art. 43 des letzterwähnten Gesetzes ist der Magistrat (władza komunalna), d. h. ohne Befragung der Stadtverordnetenversammlung, zur Bemessung und Erhebung dieser Steuer befugt und da der Zuschlag die gesetzlich vorgeschriebene Höhe nicht überschreitet, ist nichts zu machen 2. Auch im 2. Falle werden Sie der Aufforderung nachkommen müssen, denn das Gesetz über die Unfallversicherung will alle Betriebe, die sich mit der Ermittlung der Beschaffenheit, der Menge und des Gewichts von Gütern gewerbsmäßig befassen, wegen der damit verbundenen Gefahren der Versicherung unterwerfen. Für die Versicherungspflicht kommt es darauf an, ob sich in Ihrem Betriebe eine solche Tätigkeit vollzieht, die mit besonderer Gefahr verbunden ist. Trifft dies zu, so ist es unerheblich ob die Gewerbeart nach dem — örtlich vielfach verschiedenen deutschen Sprachgebrauch (denn es handelt sich ja um ein aus deutscher Zeit stammendes Gesetz — mit einer der vom Gesetz gewählten Bezeichnungen belegt wird. Der Versicherung unterliegen ja sogar Getreidemakler, weil sie zur Feststellung des Zustandes von Waren Speicher und Schiffe betreten müssen.

Kleine Rundschau.

*** Wilhelm von Bodes letztes Werk.** In den nächsten Tagen erscheint im Verlag der „Künstler-Selbsthilfe“, Berlin-Frohnau, das letzte Werk von Wilhelm von Bode; eine Monographie über den Berliner Bildhauer Joseph Thorak. Das Werk ist ein Dokument für die Vielseitigkeit des berühmten Gelehrten, der sich bis zu seinem Lebensende auch für die jüngste Kunst und ihre ernsthaften Vertreter eingesetzt hat. Der Reingewinn fließt auf Wunsch Wilhelm von Bodes dem Fonds der „Künstler-Selbsthilfe“ zur Unterstützung junger Künstler zu.

*** Emil Ludwig soll eine Garibaldi-Biographie schreiben.** Nachdem Mussolini Emil Ludwig eine längere Audienz gewährt hatte, ist der Verfasser wertvoller Biographenbücher auch vom italienischen König in Privataudienz empfangen worden. Wie verlautet, hat Mussolini an Emil Ludwig die Bitte gerichtet, eine grundlegende Geschichte und Biographie Garibaldis zu schreiben.

Viehmarkt.

Wiener Viehmarkt vom 7. März. In der vergangenen Woche betrug der Auftrieb 11 203 Stück, Fleischschweine 9267. Fettschweine 1936. Aus Polen kamen 8584 Stück. Man notierte für 1 Kg. Lebendgewicht in österr. Schillingen (1 Sch. = 1,24 Zloty): Fettschweine 2,25—2,30, englische Kreuzung 2,10—2,40, Bauernschweine 2—2,30, alte 1,25—2,05, Fleischschweine 1,80—2,40. Fettschweine wurden um 10 bis 15 Groschen, Fleischweine um 15 Groschen je Kg. teurer.

Prager Viehmarkt vom 7. März. In Prag 7 zahlte man für 1 Kg. Schlachtgewicht einschließlich Steuer: Kälber 9—12, ausnahmsweise 13, Speck 14,50—16, inländische Schweine 10,50—13, ausnahmsweise 13,25—13,50, polnische Schweine 12,50—13,50, jugoslawische Bagauner 13—14. Auf dem Schweinemarkt notierte man für 1 Kg. Lebendgewicht: rumänische Schweine 9,50—10,50, polnische Schweine 9—10,60, jugoslawische Bagauner 11—11,75, ungarische Bagauner 10,85—11,75. Der Auftrieb von polnischen Schweinen betrug 2732 Stück. Marktverlauf ruhig. Die Preise verstehen sich in Tschechenkronen (1 Kc. = 0,26⅓ Zloty).

Aus dem Bromberger Stadtparlament.

Bromberg, 8. März 1929.

Es hat außergewöhnlich lange gedauert, bis die gestrige Sitzung der Bromberger Stadtverordnetenversammlung beschlußfähig wurde, die Beratungen begannen mit einer Verspätung, die sich sonst nur Eisenbahnzüge bei großem Frost oder bei Schneetreiben leisten können. Diese diesmal ungewöhnliche Extravaganz dürfte vielleicht in dem Umstande eine Rechtfertigung finden, daß die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung Magistratsanträge enthielt, die eigentlich eine längere Aussprache nicht wert waren. Und doch wurde, nachdem die anmutige Wärme der Zentralheizung so manchen infolge der plötzlich eingetretenen Kälte zugefrorenen Mund aufgetaut, sehr viel geredet. Man stritt sich über „Kaisers Bart", so daß sogar die Galerie (der Zuhörerraum) sich veranlaßt zu fühlen glaubte, die innerlich aufgetaute Materie sehr ungeschickt in den Sitzungssaal gewaltsam auszuhauchen. Diese Taktlosigkeit wurde selbstverständlich von dem Vizevorsitzenden Stadtv. Fiedler mit der Betonung entsprechend gerügt, daß er im Wiederholungsfalle die Räumung der Galerie veranlassen werde.

Die meiste Zeit vergeudete man mit der Stellungnahme zu dem Magistratsantrag, nach welchem Teilnehmern an

Ausflügen und Tagungen in Bromberg für das Jahr 1929

gewisse Erleichterungen und Bequemlichkeiten bei der Einquartierung gewährt werden sollen. Erwartet werden hier, nach Informationen des Magistrats, während der Dauer der Landesausstellung in Posen, Tausende von in- und ausländischen Gästen, durch die Handel und Industrie eine Belebung erfahren würden und die Stadt selbst einen Gewinn hätte. Der Antrag des Magistrats lautete nun dahin, für diesen Zweck dem Statistischen Einquartierungsamt bis zum 1. Oktober die neu erbauten, für die Beamten der eventl. hierher zu verlegenden Wojewodschaft bestimmten Gebäude in der Bachmannstraße und am Bülowplatz zur Verfügung zu stellen. Möbel, Bettgestelle mit Betten, die für diese Einquartierung hergegeben werden sollen, werden dem neuen städtischen Hospital als Neu-Einrichtung dienen.

Gegen diesen Antrag traten besonders die Redner der Linksparteien auf. Von der Nationalen Arbeiterpartei sprach sich ein Redner für, einer gegen den Antrag aus. Der Stadtv. Rehbein empfahl, daß der Magistrat als solcher nicht allzusehr sich in dieser Angelegenheit engagieren solle, da man nicht wissen könne, was dabei herauskommt. Herr Rehbein trat für eine Regelung dieser Sache auf privater Grundlage ein, ohne der Stadt (der Einwand der Sozialisten) spezielle Lasten aufzubürden. Über dieses Thema wurde noch sehr viel und sehr lange gesprochen, bis sich schließlich ein Mitglied der Versammlung dazu aufraffte, den Antrag auf Schluß der Debatte einzubringen. Und merkwürdig! Dieser Antrag wurde ohne jeglichen Widerspruch angenommen. Wäre er später gestellt worden, — die Debatte hätte kein Ende genommen. Im Endergebnis kam der Magistratsantrag mit einer Mehrheit von zwei Stimmen durch.

Ein viel geringeres Interesse brachte die Versammlung dem nächsten Punkt der Tagesordnung entgegen, der Frage der

Wohnungs-Luxussteuer.

Und gerade dieses Problem hätte eine intensivere eBhandlung verdient. Bekanntlich hatte seinerzeit die Deutsche Fraktion einen Antrag auf Aufhebung der Wohnungs-Luxussteuer mit rückwirkender Kraft mit einer entsprechenden Begründung gefordert, während der sogenannte Nationale Klub sich darauf beschränkte, Informationen darüber zu erlangen, ob es rechtlich begründet sei, nachträglich Gebühren zu erheben, die im städtischen Haushalt keine Aufnahme gefunden haben. Der Magistrat hat sich inzwischen, nach Prüfung der Rechtsgrundlage, auf den Standpunkt gestellt, **daß man keine Steuern erheben könne, wenn sie im Etat nicht vorgesehen sind.** (Und dies war bei dieser Steuer der Fall. D. Red.) Die Wirtschaftskommission, die sich mit dieser Sache wiederholt beschäftigte, machte sich nun den Beschluß des Magistrats zu eigen, nach welchem

die Luxussteuer für Wohnungen für das zweite Halbjahr 1926 und für das Jahr 1927 nicht erhoben werden darf,

daß dagegen die Wohnungs-Luxussteuer für das Jahr 1928 auf jeden Fall eingezogen werden muß. Die Kommission, die sich merkwürdigerweise vorwiegend aus Sozialisten zusammensetzt, gab durch ihren Sprecher dem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Stadt durch das „Zugeständnis" an die bemittelte Schicht der Bevölkerung großen Schaden erleide. (Der sozialistische Redner hätte einen anderen Standpunkt vertreten, wenn man die Wespe in sein eigenes Nest gesteckt hätte. D. Red.)

In der Diskussion ergriff als erster der Stadtv. Kruse von der Deutschen Fraktion das Wort, der darauf hinwies, daß vor kurzem auch in Lodz eine Wohnungsluxussteuer eingeführt wurde. Das Lodzer Statut stütze sich auf die noch in anderen Städten verpflichtenden bzw. bereits aufgehobenen ähnlichen Statute, weiche jedoch von dem Bromberger Statut insofern ab, als man in Lodz, wie dies auch wo anders geschieht, die Steuer von der Jahresmiete erhebt, die auf die überflüssigen Zimmer entfällt, während sie in Bromberg für ein sogenanntes überflüssiges Zimmer 10 Prozent der Jahresmiete der ganzen Wohnung beträgt. Diese in dem Bromberger Statut vorgesehene höher geschraubte Forderung könne lediglich auf ein Mißverständnis zurückgeführt werden, und daher sei es eine der dringendsten Aufgaben der Stadtverordnetenversammlung, diesen Fehler wieder gut zu machen, sofern es nicht gelingen sollte, den deutschen Antrag auf vollständige Aufhebung dieser Steuer durchzubringen. — Diesen Standpunkt vertrat auch der nächste Redner, Stadtv. Rechtsanwalt Sioda vom Kulturell-Wirtschaftlichen Klub, der die Wohnungsluxussteuer als eine der ungerechtfertigtsten Abgaben bezeichnete. Man habe in Bromberg keine Wahl bei der Wohnungssuche, müsse nehmen, was sich dem Wohnungssuchenden biete, seien es nun Drei-, Vier- oder Fünfzimmer-Wohnungen. Pflicht des Magistrats sei es, dafür zu sorgen, daß Wohnungen geschaffen werden, die den Lebensbedürfnissen des Mieters, besonders aber seiner Wirtschaftslage entsprechen. Rechtsanwalt Sioda trat ebenfalls für eine vollständige Aufhebung der Steuer bzw. eine radikale Novellisierung des entsprechenden Statuts ein. — Die von den beiden Rednern in diesem Sinne gestellten Anträge wurden der Haushaltskommission zur Berücksichtigung bei der Budgetdebatte für dieses Jahr überwiesen.

Zum Schluß der öffentlichen Sitzung wurde, dem Beispiel anderer Städte folgend, ein Dringlichkeitsantrag angenommen, in welchem gegen die von der Regierung geplanten Mietserhöhungen zur Schaffung eines Baufonds für den Bau kleiner und billiger Wohnungen energischer Protest eingelegt wird. Dieser Protest soll den zuständigen Stellen der Warschauer Regierung übermittelt werden.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 8. März.

Wettervoraussage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet Bewölkung und wenig veränderte Temperaturen an.

Bromberg und die anderen Großstädte Polens.

Aus den statistischen Angaben, die leider bisher nur für das Jahr 1927 vorliegen, ergeben sich recht interessante Vergleiche über die Wirtschaftsweise und -kosten der zehn größten Städte Polens.

Die Belastung des Bürgers durch die Wirtschaft der Stadt ergibt sich bei Dividierung des Stadtbudgets durch die Einwohnerzahl. Dabei stellt sich bei den ordentlichen Ausgaben heraus, daß Bromberg nicht am teuersten wirtschaftet. In unserer Stadt entfallen auf einen Einwohner 53.22 Złoty jährlich, in Krakau dagegen 90,47, in Warschau 81,59, in Posen 80,05, in Lemberg 75,78, in Lodz 48,93, in Wilna 40,85, in Czenstochau 40,13, in Bialystok 34,35 und in Lublin 28,99 Złoty.

Anders sieht diese Aufstellung bei den außergewöhnlichen Ausgaben aus. Für Bauten und Anschaffungen, also für sogenannte Investitionen opfert die Stadt Bromberg 32.14 Złoty pro Einwohner, die Stadt Posen aber von allen Städten am meisten, und zwar 73,68 pro Einwohner. An zweiter und dritter Stelle figurieren Lublin mit 73,48 und Czenstochau mit 56,70 Złoty. Dies ist in erster Linie damit zu erklären, daß in diesen Städten gegenwärtig die Kanalisation durchgeführt wird. Fast 50 Prozent weniger als Posen gibt Warschau für Investitionen aus, und zwar entfallen 38.13 Złoty pro Kopf; weiter kommen dann Lemberg mit 32,52, Krakau mit 27,60, Lodz mit 26,50, Bialystok mit 22,56 Złoty. Am wenigsten baut und schafft jedoch die Stadt Wilna, denn bei ihr ergibt sich die rekordmäßig niedrige Ziffer von 10,91 Złoty für den Einwohner.

Besonders bezeichnend für die Wirtschaft einer Stadt sind ihre Ausgaben für die Verwaltungstätigkeit. Scheinbar billig kommt hier die Stadt Bialystok weg, denn auf einen Bürger entfallen nur 5,74 Złoty; im Verhältnis zum Gesamtbudget betragen die Verwaltungskosten jedoch 17 Prozent. Die Palme der Billigkeit muß Warschau zugesprochen werden, denn hier belaufen sich die Verwaltungskosten nur auf 11 Prozent des Budgets. Dagegen hat Krakau mit 29 Prozent (26.09 Złoty pro Einwohner) die teuerste Verwaltung. Gleich hinter Krakau kommen Lublin mit 25.5 Prozent, Lemberg mit 23.5 Prozent, Czenstochau mit 23 Prozent, Wilna mit 21 Prozent, Lodz mit 20,7 Prozent, Bromberg mit 17,5 Prozent. Gleich nach Warschau verwaltet Posen seine Stadt mit den geringsten Unkosten, denn hier ist das Verhältnis der Verwaltungsausgaben zum Gesamtbudget 14 Prozent.

Recht interessant sind die Gegenüberstellungen der Ausgaben für die verschiedenen Aufwendungen der einzelnen Städte. Pro Kopf der Bevölkerung gibt Bromberg für sanitäre Einrichtungen 8,12 Złoty aus, während Warschau 17.76, Posen 14.52, Krakau 14.29, Wilna 11.15, Lodz 10.22, Czenstochau 9.53, Bialystok 7,93, Lemberg 7,72 und Lublin nur 2 84 Złoty ausgeben.

Für öffentliche Bildung: Warschau 10.87, Lodz 6.73, Posen 6.72, Bromberg 6,60, Czenstochau 4.39, Lemberg 4.17, Krakau 3,66, Wilna 3,43, Bialystok 3,02, Lublin 2,45 Złoty.

Für soziale Fürsorge: Posen 10.60, Warschau 10.04, Czenstochau 7,09, Lublin 7,00, Bromberg 6,84, Lemberg 6,30, Lodz 6,29, Krakau 5,81, Bialystok 5,60, Wilna 4,74 Złoty.

Für Plätze, Straßen und öffentliche Anlagen: Warschau 13 44, Lemberg 9.25, Krakau 8,33, Posen 6.12, Bialystok 4,17, Bromberg 3.88, Lublin 3,57, Czenstochau 3,46, Lodz 1,94, Wilna 1,68 Złoty.

§ **Ein Veteran des Handwerks.** Am heutigen Freitag feiert in Bromberg der älteste noch tätige Friseur Posens und Pommerellens (und vielleicht ganz Polens) seinen 80. Geburtstag: Hermann Uthke. Der Jubilar wurde am 8. März 1848 in Labischin als Sohn eines Landwirts geboren, lernte in Schubin das Friseurhandwerk, erhielt 1866 das Gesellenzeugnis und bestand 1867 die Heilgehilfenprüfung. Nach den Wanderjahren überantwortete ihm 1869 Friseurmeister Hermann Töpfer sein in der Hermann Franke-Straße Nr. 1 gelegenes Geschäft. Das Geschäft befindet sich am 1. April 60 Jahre in den Händen der Familie Uthke. Der Jubilar ist der einzige noch lebende Mitbegründer der Barbier-, Friseur- und Perückenmacherinnung Brombergs, in der er mehrfach das Amt des Obermeisters innehatte und von der er 1909 zum Ehrenmitglied ernannt wurde.

§ **Ein Pferde- und Viehmarkt** findet am 12. März um 8 Uhr auf dem Viehhof beim Städtischen Schlachthof statt. Von Vieh darf nur Hornvieh aufgetrieben werden.

§ **Die Eisbeseitigungen auf der Brahe.** Seit längerer Zeit ist man damit beschäftigt, das Eis von der Brahe, hauptsächlich in der Nähe von Brücken, Wehren und Schleusen, zu entfernen, um Eisverstopfungen zu verhüten. Jetzt ist der ganze Oberlauf der Brahe bis Bromberg bereits eisfrei. In Crone wurden die Arbeiten durch die Wasserbauinspektion ausgeführt, in Bromberg durch die Feuerwehr. Die Eisbeseitigung wird weiter bis nach Brahemünde fortgesetzt. Dem Hochwasser ist so der Abflußweg völlig freigegeben. Eine Gefahr besteht für die Stadt hauptsächlich darin, daß die Hochwasserwelle der Weichsel durch Eisverstopfungen keinen Abfluß finden wird und dann auch das Brahewasser schlecht wird abfließen können, wie es im Jahre 1924 der Fall war.

§ **Beim Überschreiten der Brahe den Tod gefunden** hat gestern gegen ½8 Uhr abends der 35jährige Arbeiter Josef Kubiak. Der Genannte wollte sich den Weg abkürzen und ging über das Eis der Brahe von der Thornerstraße nach der Fordoner Chaussee. Dabei stürzte er plötzlich ins Wasser und kam unter das Eis. Die Bemühungen, ihn zu retten, waren erfolglos. Auch seine Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

§ **Der Uhrenspuk soll ein Ende haben?** Der Magistrat hat die gründliche Reparatur sämtlicher öffentlichen Uhren angeordnet. Zurzeit ist man mit der Ausbesserung der Turmuhr der Paulskirche beschäftigt. Später sollen auch die anderen öffentlichen Uhren gründlich renoviert werden, so daß solch ein Uhrenspuk, wie man ihn vor einiger Zeit erlebte, indem jede Uhr eine andere Zeit zeigte, hoffentlich bald unmöglich sein wird.

§ **Selbstmord** beging am Mittwoch die 20jährige Arbeiterin Władysława Labodzinska, die bei ihrer Schwester im Hause Kujawierstraße 14 wohnte. Sie hatte seit längerer Zeit keine Arbeit und trank aus diesem Grunde Essigessenz. Obgleich man sie sofort in das Städtische Krankenhaus einlieferte und alle Gegenmaßnahmen vornahm, starb sie unter ungeheuren Schmerzen um 9 Uhr abends.

§ **Festgenommen** wurden im Laufe des gestrigen Tages zwei Personen wegen Diebstahls, eine wegen Veruntreuung und eine wegen Betruges.

§ **Betrüger, immer neue Betrüger.** Der bei der Firma Viktor Dąbrowski, Brückenstraße 6, angestellte 31jährige Buchhalter Witold Hoffmann aus Sosnowice hatte eines Tages seine Stellung plötzlich verlassen, ohne gekündigt zu haben. Jetzt stellt sich heraus, daß H. seinen Arbeitgeber um 600 Złoty betrogen hat, die er im Finanzamt für Steuern einzahlen sollte. Er hat das Geld unterschlagen, ferner verschiedene hiesige Firmen geschädigt, indem er Waren auf Kredit nahm und nicht bezahlte und ist dann aus Bromberg in unbekannter Richtung verschwunden. — Schwer geschädigt wurden hiesige Kaufleute durch den ehemaligen polnischen Offizier Josef Wójcik aus Pelplin, der aus dem Heere ausgestoßen wurde. W. beruft sich auf seine alten Militärpapiere und seinen Offiziersrang und nimmt Waren, für die er Wechsel ausstellt. Natürlich werden die Wechsel nicht eingelöst. Die Polizei ist bemüht, W. festzunehmen, der seit längerer Zeit nicht mehr in der von ihm angegebenen Wohnung aufzufinden ist. — In einem hiesigen Warenhaus erschien dieser Tage ein Herr, der sich dem Geschäftsführer als Großgrundbesitzer Chojnacki vorstellte. Er wollte einen großen Einkauf tätigen, hatte aber „zufällig" kein Geld mehr bei sich, die Banken seien auch schon geschlossen, so daß er nur mit einem Wechsel über 1000 Złoty zahlen könne. Man schenkte dem Herrn Glauben, der für etwa 1000 Złoty Waren einkaufte und den Wechsel aushändigte. Als der Zahlungstermin herankam, meldete sich der „Großgrundbesitzer" natürlich nicht, der jetzt von der Polizei gesucht wird.

*

Vereine, Veranstaltungen ꝛc.

* * *

wz **Fordon**, 7. März. Der hier am 5. d. M. abgehaltene Jahrmarkt war infolge der schlechten Wege nicht besonders beschickt. Pferde und Rindvieh waren fast gar nicht aufgetrieben. Käufer hatten sich recht zahlreich eingefunden. Der Krammarkt dagegen war verhältnismäßig gut beschickt. Butter kostete das Pfund 2,80—3,00, die Mandel Eier 4—4,20. Geflügel wurde reichlich angeboten. Es wurden für Suppenhühner 3—5,00 pro Stück gezahlt. Auch frische Heringe, die sehr begehrt sind, wurden lebhaft gehandelt. Für das Pfund derselben zahlte man 0,30—0,50. — Ein schwerer Straßenunfall ereignete sich am Dienstag, dem 5. d. M., in der Schwetzerstraße. Ein Knabe geriet beim Verlassen der Schule unter einen hinter ihm herfahrenden vierspännigen Wagen aus Wilhelmshöhe bei Fordon. Das Kind wurde zu Boden gerissen und überfahren. Es mußte in ärztliche Behandlung gegeben werden.

ak **Nakel** (Nakło), 7. März. Heute nacht brach ein Feuer im Hause Ogrodowa 56 aus, das den Fußboden eines Zimmers erfaßte. Das Feuer konnte bald gelöscht werden. — Gegen Mittag brach ein zweites Feuer im Schumannschen Hause, Verlängerte Gartenstraße, aus. Die Feuerwehr, die sofort zur Stelle war, stieß bei den Löscharbeiten auf Schwierigkeiten. Es gab kein Wasser. Die nahe vorbeifließende Cleska ist völlig vereist und so mußte erst Wasser aus der Brombergerstraße beschafft werden. Das Feuer war im Keller entstanden. Nach ca 1½stündiger Arbeit konnte die Feuerwehr abrücken. Der Schaden ist gering. Die Entstehungsursache ist unbekannt.

fs **Neutomischel** (Nowy Tomyśl), 7. März. Der Altsitzer August Heckert in Klein Lipke feierte mit seiner Ehefrau Auguste, geb. Kutzner das Fest der goldenen Hochzeit im rüstigen Lebensalter von 75 bzw. 73 Jahren. — In Jablone wurde auf Anregung des Ortspfarrers Stolzenburg am vergangenen Sonntag ein evangelischer Frauenverein gegründet. Derselbe macht sich zur Aufgabe, im Orte wieder eine so notwendige Krankenschwesterstation einzurichten und zu unterhalten. — Die Gemeindewahlen in Wioska Hauland am letzten Sonntag ergaben für die zwei deutschen Listen 4 und 8 Gemeindesitze. Die Wahlbeteiligung betrug annähernd 100 Prozent.

Kleine Rundschau.

* **Ein neues Feinmeßverfahren.** Der „Amerikanischen Optischen Gesellschaft" wurde kürzlich ein neues Verfahren vorgeführt, wodurch sich die Stärke feinster Schichten mit einer bisher unbekannten Genauigkeit messen läßt. Es beruht auf den gleichen Grundsätzen wie die Entfernungsmesser der Kriegsschiffe, mit dem einzigen Unterschiede, daß an Stelle der beiden Fernrohre zwei Mikroskope treten. Beim Entfernungsmesser sind die Linsen der beiden in gewissem Abstand voneinander aufgestellten Fernrohre so angeordnet, daß der Beobachter gleichzeitig durch beide Prismen den Gegenstand erblickt, dessen Entfernung es zu messen gilt. Das Bild erscheint in einem durch die Mitte geteilten Kreise dergestalt, daß die obere Hälfte das von dem einen Fernrohr gelieferte Bild, die untere das des andern zeigt. Sobald infolge entsprechender Verschiebung beide Bilder genau aneinander stoßen, läßt sich die gesuchte Entfernung auf einer Einteilung ablesen. Ebenso verfährt die neue Methode des Dr. Gardner vom amerikanischen Bureau of Standards. Die beiden Mikroskope stehen in einem Winkel von 25 Grad zu einander, derart, daß beide auf den gleichen Punkt scharf eingestellt werden können. Das Blickfeld zerfällt ebenfalls in zwei Teile, und wenn das Instrument dann so reguliert ist, daß keine Linie mehr das Bild schneidet, so liest man die genaue Entfernung des beobachteten Gegenstandes von der Oberfläche ab. Es wird versichert, daß derart ausgeführte Messungen eine kaum vorstellbare Genauigkeit ergeben, die bis zu dem 25 000. Teil eines Millimeters geht.

Wirtschaftliche Rundschau.

Produktenmarkt.

Internationale Getreidepreise auf den wichtigsten in- und ausländischen Märkten in der Woche vom 25. 2. bis 25. 3. 1929 (Durchschnittspreise für 100 Kilogramm in Złoty):

Märkte	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Warschau	47,12	35,28	35,69	34,25
Lemberg	49,70	35.12	37,50	34,30
Krakau	47.83	35,87	37,50	35 87
Posen	44,50	33,85	34,50	31,62
Prag	48,84	45,27	46,33	45,67
Hamburg	47,08	44,32	39.12	36.52
Berlin	46.54	43,57	47,49	42,83
Liverpool	46 90	—	—	40.80
Wien	46.37	43.00	49,06	44,43
Danzig	—	—	—	—
Newyork	46,10	44,50	—	36,31
Chicago	41.74	—	—	31,86

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft Hans Wiese; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann. G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

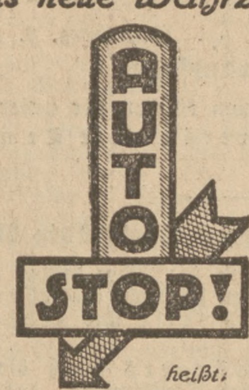
Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 57.

Als Verlobte grüßen:
Gertrude Walter
Paul Weinert
Łakosz — Czarnowo
im März 1929. 3335

Schneiderin
empfiehlt sich auß. dem Hause, auch perfekt auf Knabenanzüge. 1557
Finger, Jackowskiego 2.

Möbel werden aufpoliert, repariert und neu angefertigt.
Długosza 8. Schmidt. 1569

Das neue Wahrzeichen



heißt:
„Dienst am Kunden"
Alles, was Ihr Auto braucht
E. Stadie – Automobile
Bedienungsstation 2509
Bydgoszcz, Plac Wolności 1, Tel. 1602



Fritz Steinborn
Schneidermeister
Bydgoszcz
Pomorska / Rinkauerstraße 11, 1 Tr.
Maßgeschäft für elegante Herrenbekleidung
bringt für die kommende Jahreszeit eine aparte Auswahl moderner Stoffe und leistet in Stil sowie Ausführung erstklassige Maßarbeit für Kleidung jeglicher Art
Gegründet 1903 -:- Telephon 921
Beste Verarbeitung.
Tadelloser Sitz garantiert.



Zur Beisetzung unseres verstorbenen Kameraden

Adolf Künzel

am Sonntag, dem 10. März 1929, treffen sich unsere Mitglieder mittags 12[30] Uhr im Bootshause.

Ruder-Club Frithjof E. V.

Mandolinen-Unterricht wd. billig u. gründl. ert. Pomorska 49/50, Hth., III.

Kirchenzettel.

* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.
Fr.-T. = Freitaufen.
Sonntag, den 10. März 29. (Lätare).

Bromberg. Paulskirche. Vorm. 10 Uhr: Sup. Aßmann. 11½ Uhr Kindergottesdienst. Nachm. 5 Uhr Versammlung des Jungmädchen-Vereins im Gemeindhause. Donnerstag, abds. 8 Uhr Passionsandacht im Gemeindehaus Pfarrer Wurmbach.

Evangl. Pfarrkirche. Vrm. 10 Uhr Pf. Hesekiel.* ½12 Uhr Kindergottesdst. Dienstag, abds. 8 Uhr: Blaukreuz-Versammlung im Konfirmandensaale.

Christuskirche. Vrm. 10 Uhr Pfr. Wurmbach*. ½12 Uhr: Kdr.-Gottesdienst. — Montag, abds. 8 Uhr: Uebungsstunde des Kirchenchors. Mittwoch, abds. 8 Uhr Vereinsstunde des Jungmännervereins.

Luther-Kirche. Frankenstraße 87/88. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, Pfr. Lassahn. 11½ Uhr Kdr.-Gottesdienst.. Nachm. 3½ Jugendbund. Nachm. 5 Uhr Erbauungsstunde, danach Blaukreuzversammlg. Donnerstag, abds. ½ Uhr: Passions-Andacht, Pfarrer Lassahn.

Ev.-luth. Kirche. Posenerstr. 13. Vorm. 10 Uhr Predigtgottesdienst. 11½ Uhr Christenlehre Freitag, abds. 7 Uhr Passions-Gottesdienst, Pfr. Paulig.

Ev. Gemeinsch., (früh. Libelta 8) Marcinkowskiego (Fischerstr. 8b. Abds. 8 Uhr Gottesdienst. Dienstag, abds. 8 Uhr Gesangstunde.

Landeskirchliche Gemeinschaft, Fischerstraße (Marcinkowskie o) Nr. 8b Vorm. 9 Uhr: Gebetsstde. Nachm. 2 Uhr Sonntagsschule. Nachm. 3½ Uhr: Jugendbundstunde. Nchm. 5 Uhr Evangelisat., Pred. Gnauk. Mittwoch, abds. 8 Uhr Bibelstunde, Pred. Gnauk.

Baptisten-Gemeinde. Vorm. 9½ Uhr Gottesdienst, Pred. Becker. 11 Uhr Sonntagsschule. — Nachm. 4 Uhr: Gottesdienst, Prediger Becker. — Nachm. 5½ Uhr Jugendverein. — Donnerstag, abds. 7½ Uhr Gebetstde.

Schleusenau. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, danach Kindergottesdienst.— Donnerstag, abds. 7 Uhr Passionsandacht.

Kl. Bartelsee. Nachm. 2½ Uhr: Gottesdienst, Pfarrer Hesekiel.

Schröttersdorf. Vrm. 10 Uhr Gottesdienst, Vikar Birkholz.

Neuflötenau. Nachm. 3 Uhr Gottesdienst, Pfr. Greulich.

Wtelno. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, 11 Uhr Kdr.-Gottesdienst. Nachm. 3 Uhr Jünglings- u. Jungfrauenverein. Mittwoch, nachm. 6 Uhr: Passionsandacht.

Weichselhorst. Vorm. 9 Uhr Gottesdienst, Pfr. Just.

Ostelsk. Vorm. 11 Uhr Gottesdienst, Pfr. Just.

Sienno. Nachm. 3 Uhr Gottesdienst. — Nchm. 4 Uhr Versammlg. d. Jungmädchen. Mittwoch, nchm. 4 Uhr Passionsandacht. Donnerstag, nachm. 4 Uhr Passionsandacht in Friedingen.

Nakel. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst* in Birken. Nachm. 3 Uhr: Gottesdienst in Nakel. Dienstag, abds. 7¾ Uhr Missions-Nähverein. — Freitag, nachm. 6 Uhr: Passions-Andacht.

Schubin. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, anschließend Kindergottesdienst.

Znin. Nachm. 4 Uhr Predigtgottesdienst.

Bekanntmachung.

Es werden hiermit nochmals alle Betriebe und Anwohner der Brahe und der näherliegenden Terrains vor der drohenden Ueberschwemmungsgefahr gewarnt und zur Entfernung aller Materialien aus Kellern und Wohnungen, die niedrig gelegen und einer Ueberschwemmung ausgesetzt sind, aufgefordert. 3339

Bydgoszcz, den 6. März 1929.
Miejski Urząd Bezpieczeństwa i Porządku Publicznego.
(—) Hańczewski,
L. dz. 4730/29 I. radca miejski.

J. Wostal wieder da!
Wahre, aufschlußreiche 3247
Charakterdeutung
Bydgoszcz, Zduny 20a 1 Treppe.

Notenetageren
empfiehlt in großer Auswahl sehr billig
B. Sommerfeld, Pianofabrik
Bydgoszcz, ul. Śniadeckich 56. 2799

Den besten und billigsten
= **Fensterkitt** =
sowie **Leinölfirnis**
1554 empfiehlt
Chem. Fabr. „**Delta**", Bydgoszcz
ul. Gdańska 71. Telefon 287.

Empfehle zur Saat:
Original
Strubes Weisshafer
von W. I. R. anerkannt, Höchsterträge liefernd bei absoluter Lagersicherheit. Er hat weißes, volles und schweres Korn, das fest an der Rispe sitzt. Sein Feuchtigkeitsbedarf ist verhältnismäßig niedrig. Einzige Anbaustation in Polen:
Saatgutwirtschaft Konin
p. Pniewy, pow. Szamotuły. 3354
Posener Saatbau-Gesellschaft
T. z o. p., Poznań, Zwierzyniecka 13.

Unterricht
in Buchführung
Maschinenschreiben
Stenographie
Jahresabschlüsse
durch 2159
Bücher-Revisor
G. Vorreau
Jagiellońska 14.

Kalidüngesalze
Kainit
Thomasmehl
Superphosphat
Kalkstickstoff
Ammoniak
Norgesalpeter
Chilesalpeter
Kohlen und Briketts
liefert billigst in Waggonladungen und ab Lager am Bahnhof
Landw. Ein- u. Verkaufsgenossensch.
Gniewkowo
Telefon 27. 826



Erfolgr. Unterricht i. Franz., Engl., Deutsch (Gram., Konvrs., Handelskorresp.) erteil., frz. engl. u. deutsche Uebersetzungen fertigen an **T. u. A. Furbach,** (lgj. Aufenth. i. Engl. u. Frankr. . Cieszkowsk (Moltkestr.) 11, I, l. 544

An- u. Ab-Fuhr 1444
von
Gütern aller Art
erledigt prompt
G. Schroeder Nachf.
O. Gloekel
Tel. 1775 **Pomorska 16** Tel. 1775

Heirat

Landwirt, 45 J., ev., mit 12000 Doll., **Einheirat** od. **Gutskauf.** Off. unt. U. 1536 a. d. Geschst. d. Z.

Geldmarkt

8-10000 zł
zur Ablösung einer Hypothek gesucht. Gefl. Off. unt. „**8-10**" an Biuro Ogłoszeń **IRO,** Herm. Frankego Nr. 3. 3352

Linoleum
A. O. Jende, Bydgoszcz.
Telefon 1449 — 2994 — Gdańska 165.

Offene Stellen

Vertreter
tüchtig, redegewandt und repräsentabel, gegen hohes Gehalt und Provision für Bydgoszcz, Inowrocław, Szubin, Nakło, Wyrzysk, Więcbork, Sępólno, Tuchola, Chojnice und Starogard gesucht. Nichtfachleute werden kostenlos ausgebildet. Schriftliche Bewerbungen mit Zeugnissen und Lebenslauf an Powszechna Asekuracja w Tryjeście „**Assicurazioni Generali Trieste**", Inspektorat in Bydgoszcz, Dworcowa 17. 3337

Gesucht ab 1. 4. d. Js. unv., solider, alleiniger
Beamter
hauptsächlich für Hofwirtschaft, m. Interesse für Viehzucht, f. ca. 2000 Morg. groß. Gut. Poln. Sprachkenntn in Wort u. Schrift erforderl. Bewerbung. mit Lebenslauf, Zeugnisabschrift. und Gehaltsforderung unter L. 3292 an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Suche zum baldigen Antritt für Rübengut Kujawiens jüngeren, energischen 3342
Beamten.
Poln. in Wort und Schrift Beding. Bewerb. m. Gehaltsford. erbeten an
Gutsbes. Georg Otto, Kruśliwiec p. Inowrocław

Jüngerer 1581
Wirtschaftsassistent
z. 1. 4. gesucht. Meldg., Zgn.-Abschr., kurz. Ang. d. Lebensl., Geh.-Anspr. erbittet Dom. Osowiec, p. Strzelewo, powiat Bydgoszcz.

Eleve
welcher seine Lehrzeit beendet hat, zur Hofverwaltung und Buchführung gesucht. Lebenslauf einsenden. Persönliche Vorstellung nur auf Wunsch. 3304
Dom. Smętówko, poczta Smętowo.

Wegen Abwanderung
verh. Brenner
zum 1. Juli 29 gesucht. Zeugnisse mit Gehaltsansprüchen erbet. 3353
Jastrzemkener Brennerei, Jastrzębiec, Krs. Sępólno.

Erstklassige
Schneider und Schneiderinnen
gesucht. 3366
Fa. B. Cyrus,
ul. Gdańska 155.

Tüchtigen
Buchdrucker
sucht 3310
Briesener Zeitung, G. m. b. H.
Wąbrzeźno, Pom.

Suche für meine **Konditorei u. Café** einen solid., nüchtern., ehrlichen, gewandten
Kellner
zur Bedienung d. Gäste. Gefl. Offert. eventl. mit Bild und Altersangabe erbeten unter R. 3312 an d. Geschäftsst. d. Ztg.

Gärtnergehilfen
für Handelsgärtnerei, sucht 3288
E. Graf, Nakło.

Freischweizer
für 14—18 Milchvieh entsprechendes Jungvieh **gesucht.** Offerten unter D. 3360 an die Geschst. dieser Zeitung.

Suche zum 1. April 29 evgl., tüchtig., unverh.
Schweizer
R. Naß, Bukowiec
Jabłonowo, Pomorze. 3305

Kaufm. Lehrling
der gewillt ist, im Essigfach zu praktizieren, von größerer Fabrik mit automatischer Einrichtung gesucht. Grdl. Fachausbildung zugesichert. Schriftliche Bewerbungen mit Lebenslauf an „**Fermenta**" Wł. **Antoni Piliński.** Nowy Rynek 9.

Lehrling
f. Kolon.-Geschäft und Restaurant stellt ein 1546
Fritz Werner, Nakło.

Selbständige, bilanzsichere
Buchhalterin
perfekte Stenotypistin mit Kenntnissen der polnischen und deutschen Stenographie von sofort gesucht. 3382
Rudolf Jachmann :: Automobile
Bydgoszcz, ulica Mostowa 5.

Tochter deutscher Eltern mit guter Schulbildung als 3338
Lehrling
sofort gesucht.
Schwanen-Drogerie, Bydgoszcz, Gdańska 5.

Dame oder Herrn
b. d. Privatkundschaft gut eingeführt bietet sich gute Verdienstmöglichkeit. Off. u. W. 2 an d. Annonc.-Exped. Holtzendorf, Pomorska 5 3249

Zur Führ. eines kleinen Stadthaush. w. ältere, geeignete **Persönlichkeit** zum 1. 4. gesucht. Zuschrift. mit Gehaltsansprüchen u. W. 1545 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Suche für sofort eine
Köchin od. Stütze
f. mein Landgasthaus, die kochen, backen, einwecken u. Geflügelzucht versteht. Auch k. sich ein
zweites Mädchen
f. Garten u. Außenwirtschaft meld. Off. unt. S. 3314 a. d. Geschst. d. Ztg.

Gesucht zum 1. 4. eine einfache, erfahrene
Stütze
für ländlichen Haushalt, für Küche und Hausarbeit. Gehaltsansprüche u. Zeugnisabschrift. erb. 3325
G. Jonas, Mühlenbesitzer, Kobylin, p. Krotoszyn.

Ehrliches, anständiges
Mädchen 3245
das gut kochen kann und alle Hausarbeiten versteht, von **sofort** oder 1. 4. **gesucht.** Frau **Hedwig Weese.** Kaszczorek pow. Toruń

Gewandtes 3373
Hausmädchen
mit sämtlichen häuslichen Arbeiten vertraut, per sof. gesucht. Meldung mit Zeugniss. **Welniany Rynek 7** i. Lad.

Sauber. Mädchen
m. gut. Zeugn., welch. gut kocht, f. alle Hausarb. **gesucht.** Zu erfr. i. d Geschst. dies. Zeitg. 1576

Suche von sofort ein **kinderliebes Dienstmädchen.** Vorstellung. von ½2—4. **Frommer,** Dworcowa 3. 1577

Gew. Stubenmädchen, poln. u. dtsch. spr., das serv. k., z. 15. 3. 29 gesucht **Restaurant Beidatsch,** Gdańska 28. 1558

Aelteres Mädchen
welch. gut koch. kann u. sämtl. Hausarbeit mitübern., kann sich z. 15. 3. melden. **Hasselmann,** Sienkiewicza 64. 1582

Suche ein **Mädch. f. all.**
Emil Thielmann,
ul. Nadgórna 67. 3351

Stellengesuche

Gebildeter
1. Beamter
ledig, 30 J. alt, evgl., Poln. sprechend. 10 J. Praxis, m. lückenlosen, erstkl. Zeugnissen und Empfehlung. in Ostr., Posen, Westpr. selbständig tätig gewesen, sucht zum 1. April auf größerem Gute Stellg. auch als alleiniger. Offerten unt. N. 2966 an die Geschst. d. Ztg.

Junger Landwirt
24 Jahre alt, 6 Jahre Prax., sucht, gestützt a. gute Zeugn. u. Refer., vom 1. 4. eventl. 15. 4. 29 **Stellung als alleiniger Beamter** unt. dir. Leit. d. Chefs. Off. u. S. 1534 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Landwirtssohn
23 Jahre alt, sucht zum 1. April **eine Stelle** als
Eleve.
Offerten unter Z. 3333 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Berufslandwirt
sucht per 1. 7. 29 erste od. alleinige **Beamtenstelle.** Bin 28 J. alt, ledig, mit all. ins Fach schlag. Arb. d. 8jähr. Prax. vollk. vertraut. In letzt. ungek. Stell. 2 J. selbst. gewirtschaft. Gute Zeugn. und Empfehl. vorhand. Auch Verheiratetenst. k. in Frage. Gefl. Off. unt. Z. 3353 a. d. Geschst. d. Zeitg.

Als letzter der ehemals v. Bethmann-Hollwegschen Beamten suche ich zum 1. 7. 29 **anderweitig Stellung** als 3357
Brennereiverwalter.
Bin 45 Jahre alt, 10 J. in hiesiger Stellung.
K. Raddatz,
Runowo-Krajeńskie, pow. Wyrzysk, Poznań.

Junger Mann
umf. u. energ., m. allen Büroarb. vertr., **sucht** von sofort od. später
Stellung
am liebst. im Verwalt.-Dienst. Gefl. Off. u. M. 1521 a. d. Geschst. d. Ztg.

Tüchtiger
Schmiedegeselle
der Dreschsatz, Motorpflug führen, Hufbeschl. und alle Arbeiten ausführen kann **sucht** vom 15. März oder 1. April 1929 **Stellung.** Gefl. Offerten unter O. 3303 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Suche von sof. **Stellung**
als Chauffeur oder Schloss. Off. u. E. 1561 a. d. Gst. d. Ztg.

Jung verheiratet. 3107
Fasanenzüchter
der auch der poln. Spr. mächt. ist, m. gut. Zeugnissen, sucht per 1. 4. od. früher Stell. Gefl. Off. an Hrn. **Hermann Kurz, Pakość, v. Nowawieś W.. pow. Inowrocław.**

Ziegelmeister
mit 25jähr. Erfahrung, Absolv. d. Zieglerschule, **sucht Stellg.** vom 1. 4. 29. Angeb. unter L. 1579 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Suche Stellung als unverheirateter
Gutsgärtner.
Gute Zeugnisse und Referenzen vorhanden Angebote unter A. 3255 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Evangelische
Hauslehrerin
sucht z. 1. 4. od. später Stelle. Unterrichserlaubnis vorhand. Off. u. B. 3356 an d. Geschäftsstelle dies. Zeitg.

Aeltere 3355
Wirtschafterin.
sucht von sofort Stellung. Frauenloser Landhaushalt bevorzugt. Zu erfragen bei **E. Michaelis,** Książki, pow. Wąbrzeźno (Pom.)

Wirtschafterin
mit guten Kochkenntnissen **sucht** v. 15. 3. oder 1. 4. **Stellung** auf größ. Gute. Gute Zeugn vorhanden. Off. u. C. 1559 an die Geschst. d. Z. erb.

Suche ab 1. 4., da ich die Wirtsch. erlernt habe, unt. Leitung der Hausfrau **Stelle** als **Wirtin.** Kenntnisse i. Federviehzucht u. Glanzplätterei vorh. Gehalt n. Vereinbarung. Off. u. B. 1556 an die Geschst. d. Z. erb.

Stubenmädchen
sucht Stellung v. 1. oder 15. 4. in Hotel oder auf größ. Gut. Zeugn. vorhand. Perf. Servieren etw. Nähen u. Plätten. Offert. unter D. 1560 an die Geschäftsst. d. Z. erb.

Landmädchen mit Koch-, Näh- und Plättkenntn. sucht Stell. als
Stütze od. Köchin
Off. u. B. 3328 a. d. G. d. Z.

Deutsch u. poln. sprech. **Mädchen,** im Kochen u. sämtlich. Hausarbeit. vertr., **sucht** z. 15. 3. **Dauerstellg.** Off. u. A. 1489 a. d. Gschst. d. Z.

Jg. Mädchen sucht zum 15. März Stelle
als Stubenmädch.
Off. u. B. 1493 a. d. G. d. Z.

Evgl., ehrl., saub., jung., anst. **Mädch. sucht Stell.** als Stubenmädch. oder i. Haush. Nähkenntn. vorhand. Off. u. T. 1535 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Mädchen sucht Stellg. in kleiner. Haushalt oder zu Kindern. Off. unt. J. 1572 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Jung. Mädch., 21 J. alt, mit Vorkenntniss., **sucht** zum 1. 4. 1929 **Stelle** im Stadthaush. Noch n. in Stell. gewes. Off. unt. A. 1553 a. d. Geschst. d. Ztg.

Mädchen m. langjährig. Zeugn. sucht Stellung in besser. Hause. Offert. u. M. 1585 a. d. Geschäftsst d. Zeitg.

An- u. Verkäufe

Wir kaufen jede Menge
durch Frost beschädigte
Kartoffeln
Eiloffertem erb.
Gesellschaftsbrennerei Barcin
pow. Szubin. 156

120 / 150 / 170 PS 3361
Lokomobile
ca. 6 Monate gearbeitet, wegen Stillegung des Betriebes
günstig abzugeben.
Hodam & Ressler
Maschinenfabrik, gegr. 1885
Danzig — **Grudziądz**

Gastwirtschaft, 14 Mrg. Land u. Torfwiese, auch z. and. Branche, da gut geleg., sofort bill. zum Verkauf. Off. u. E. 1500 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Achtung!
Weg. Auswanderung verkaufe sofort mein über 50 Jahre bestehendes
Herrenartikel- und Kurzwar.-Geschäft
am Markt. Zur Uebernahme ca. 28 000 zł erforderlich. Offerten unter E. 3362 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Kreis-Abdeckerei
a. deutsch. Grenze, mit erstkl. Masch. u. Villa z. verk. Anz. 70—80 000 Zł. Auskunft **Nowodworska 12,** Gesch. 1580

Schwere Kuh
hochtrag. in 14 Tagen, verkauft **Solec, Kujawski Leśna 3.** 3334

Zu kaufen gesucht
150 Läuferschweine
aus gesundem Stall. Durchschnittsgew. ca. 70—80 Pfd. 3319
v. Blücher'sche Gutsverwaltung Ostrowite pod Jabłonowem, pow. Lubawa, Pomorze. Tel. Ostrowite 8.

Edle Jagdhunde
1 Stichelhaarrüde, 2. Feld dress., 1 kur h. Hündin, 6 Mon. alt 1 albinofrettchen, f. zahm, g. Schliefer abzugeben. Off. u. H. 3280 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Klavier zu verkaufen. Zu erfr. 1583 **Danzigerstr. 82,** im Lad.

Kutschwagen billig zu verkauf. **Hetmańska 35** (Luisenstr.). 1568

Umzugshalber billig zu verk.: **Doppelflinte,** Kal. 16. hahnlos, **Herrenfahrrad,** fastneu, **2 hohe Stehlampen, Wurststopfmaschine, Bilder u. versch. Gegenstände.** 3290
Girod, Dom. Żurczyn, poczta Rynarzewo.

Gebrauchte
Leitspindel-Drehbank
1,25—2 Mtr. Drehlänge, gegen sofortige Kasse zu kaufen gesucht. Off. u. K. 3289 a. d. Geschst. d. Ztg.

Ca. 1000 Ztr.
Speisekartoffeln
„Industrie", gibt ab und übernimmt Frostgefahr auf Transport.
Gut Grabowa-Buchta,
p. Laskowice. Tel. 10. 3306

Einige
Eichenstämme
zu Bohlen verkauft **Bäcker, Wielk. Łunawy,** p. Podwiesk, powiat Chełmno 3359

Möbl. Zimmer

Mbl. Zimm. a. bess. Hrn. von sof. zu verm. 1574
Sw. Jańska 18, ptr rechts.

Pachtungen

Suche zum 1. April oder später
ein Grundstück
von 10—40 Morgen zu pachten. Zuschrift. nebst Beding. unt. K. 1578 a. d. Geschst. d. Zeitg. z. richt.